

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschiff: Tagesblatt Rieser.  
Vertrieb Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kursthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kurthauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1630  
Groschloß Rieser Nr. 52.

Nr. 168.

Freitag, 21. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Beleglohn. Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 6.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 1.50 Mark. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verzahlt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Nützliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. F. Lehgräber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Öffentliche Schulausschreibung Sonnabend, den 22. Juli 1922, abends 7 Uhr im Rathhof Walters.  
Weidab bei Rieser, am 20. Juli 1922.

Der Gemeindevorstand.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59.

## Derliches und Sächsisches.

Rieser, den 21. Juli 1922.

—\* **Verbandsstaaung in Rieser.** Wieder ist unsere Stadt als Tagungsort auserleben worden. Es ist recht erfreulich, daß wir in diesem Jahre schon mehrere ähnliche Veranstaltungen in unserem Orte haben. Neben einem regen Verkehr, den die Tagungen mit sich bringen, dürfte dadurch das Ansehen der Stadt auch nach außen hin an Bedeutung gewinnen. Diesmal ist es das Sächsische Schmiede- und Schlosserhandwerk, das seine Kollegen zu wichtigen Berufsberatungen vom 22.—24. Juli hier zusammenführt. Die Berufs- und Wirtschaftsorganisationen des Rieser Handwerks haben die Vorbereitungen der Tagung übernommen und werden alles tun, um den Gästen neben den beruflichen Wünschen auch einige frohe Stunden zu bereiten. Das Bestreben ist hauptsächlich darauf gerichtet, den auswärtigen Kollegen durch echten Handwerkergeist die ganze Tagung angenehm zu gestalten. An ihr nehmen teil der Sächsische Schmiede-Innungs-Verband, der Sächsische Schlosser-Berufs-Verband und die wirtschaftlichen Verbände der Sächsischen Schmiede- und Schlosser-Vereinigungen. Für Sonnabend ist Empfang am Bahnhof und eine Vorabendstimmung des Schmiede-Innungs-Verbandes vorgesehen. Am Sonntag tagen die Berufsverbände, wobei auch der Anstich an die wirtschaftlichen Vereinigungen erfolgen werden soll. Der Nachmittag dient einem gemütlichen Beisammensein im Stadtpark-Restaurant. Abends veranstaltet der hiesige Innungsverband im Hotel zum Stern einen Beirungabend (Handwerkerabend) für das gesamte Handwerk mit anschließendem Tanzabend. Am Montag vormittag halten die wirtschaftlichen Verbände ihre Versammlungen im Wettiner Hof ab, an die sich eine gemeinsame Tagung beider Verbände anschließt. Für letztere stehen auf der Tagesordnung: Sachungsberatung, Uebernahmebestimmungen und Gründung des neuen Wirtschaftsverbandes, Beschließung über Einheitsmindestpreise und Lieferungsfragen. Bei genügender Beteiligung dürfte der Dienstag noch eine Dampferfahrt nach Diesbar bringen. Den zur Tagung nach Rieser kommenden Schmiede- und Schlossermeistern rufen wir ein herzliches Willkommen zu mit dem Wunsch, daß ihre Beratungen für Schaffung einer Landesvereinigung zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen von Erfolg gekrönt und ihrem Handwerk von großem Nutzen sein möchten.

—\* **Bandonion-Konzert.** Auf das morgen abend im Hotel Döppner stattfindende große Bandonion-Konzert weisen wir nochmals hin. Das Programm weist 5 Gesamtnummern (75 Spieler) und Vorträge der einzelnen Vereine auf. Der Rieser Verein wird mit der Ouvertüre „Op. Tancred“ von G. Rossini aufwarten. Nach dem Konzert findet Ball statt.

—\* **Verkehr mit Milch.** Wie aus den Jahresberichten der mit der amtlichen Nahrungsmittelüberwachung betrauten Untersuchungsanstalten hervorgeht, nehmen die Milchverfälschungen immer größeren Umfang an. Eine Untersuchungsanstalt beschniet sogar über 50 Prozent der von ihr untersuchten Milchproben als verfälscht. Das Ministerium des Innern weist deshalb ausdrücklich darauf hin, daß sämtliche Behörden Anweisung erhalten haben, einer Verfälchung der Milch im Hinblick auf die große Bedeutung der Ernährung der Säuglinge und Kleinkinder mit besonderer Strenge entgegenzutreten. Milchverfälscher haben daher nicht nur hohe Geldstrafen, sondern auch Freiheitsstrafen und öffentliche Bekanntmachung ihres Namens zu gewärtigen. Alle Milchzeuger und Milchhändler werden deshalb eindringlich vor Milchverfälschungen gewarnt.

—\* **Geldzollausgleich.** Für die Zeit vom 26. Juli bis einschließlich 1. August 1922 beträgt das Goldzollausgleich 10 400 vom Hundert.

—\* **Die letzten Kirschen.** Die starken Stürme der letzten Tage haben der Kirscheit vorzeitig ein Ende bereitet. Ein großer Teil des noch hängenden Kernobstes ist von den Bäumen geschlagen worden, so daß mit Ende dieser Woche der Reiz der diesjährigen Ernte auf den Markt kommen dürfte.

—\* **Die Schadenersatzleistung der Psk.** Zu der vom Verband Sächsischer Industrieller eingereichten Eingabe betreffend Schadenersatzleistung beim Verlust von Einzelbedrieten und Postpaketen wird dem Teunion Sachverständigen von unabhängiger Stelle mitgeteilt, daß auf Grund des Reichsversicherungs-Gesetzes von 1871 für jeden verlorengegangenen Einschreibebrief generell 42 Mark zurückerstattet werden. Die Entschädigung von 3 Mark je Psend bei verlorengegangenen Postpaketen ist inzwischen auf 10 Mark erhöht worden.

—\* **Entschädigungs- und Erhaltungsanträge aus dem Eisenbahnverkehr.** Der Betrag, bis zu dem die größeren Güter- und Güterabfertigungsanträge auf Entschädigungen aus dem Frachtvertrag über die Beförderung von Gütern und lebenden Tieren wegen Verlustes, Minderung, Beschädigung oder Lieferfristverletzung zu erledigen befugt sind, ist von 300 Mark auf 5000 Mark erhöht worden. Die Zuständigkeit der Kommerzienräte usw. ist auf 50000 Mark für Entschädigungsanträge und auf 25000 Mark für Erhaltungsanträge in jedem Falle festgesetzt worden. — Entschädigungsanträge von Privat- und Eisenbahnen sowie von Privaten für ihre infolge des Krieges in Verlust geratenen Fahrzeuge werden geregelt: 1. für Fahrzeuge, die während des Krieges im Militärverehr in das besetzte Gebiet oder in das Gebiet demals verbotener Sta-

ten abgerollt sind, vom Kommissar für N. Angelegenheiten aus dem Kriege in Berlin P.B., Bülcherstraße 17, 2. für Fahrzeuge, die vor dem Kriege abzugeben und während des Krieges sonst im Ausland in Verlust geraten sind, vom Reichsentschädigungsamt in Berlin W., oder von seinen auswärtigen Zweigstellen, 3. für Fahrzeuge, die zufolge Beschlagnahme ausschließlich in Deutschland Verwendung gefunden haben, vom Reichswirtschaftsgericht in Charlottenburg 5. Entschädigungsanträge für die auf Grund des Poffenstillstandes abgegebenen Fahrzeuge von Privat- und Kleinbahnverwaltungen sowie von Privaten regelt nach wie vor das Reichsministerium für Wiederaufbau in Berlin W. 8. Nur wenn für ein verloren gegangenes Fahrzeug keiner der vorerwähnten Fälle zutrifft, ist das Eisenbahn-Zentralamt zuständig.

—\* **Höhere Rentenbeträge aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.** Infolge der andauernd steigenden Kosten für die Lebenshaltung hat der Reichstag eine Erhöhung der Rentenbeträge aus der reichs-gesetzlichen Invalidenversicherung beschlossen. Danach sollen mit Zustimmung des Reichsrats vom 1. August ab die Renten, die vor diesem Tage festgesetzt sind, bei Empfängern einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwerrente um monatlich 200 M. und bei Empfängern einer Waisenrente um 100 M. monatlich erhöht werden. Für die vom nächsten Monat ab neu festzusetzenden Renten ist eine Erhöhung von jährlich 3000 bzw. 1500 M. vorgesehen.

—\* **Erste Sitzung des Landes-Eisenbahnrates Dresden.** Nachdem durch die Verordnung über Beiräte für die deutsche Reichsbahn vom 21. April 1922 der frühere sächsische Eisenbahnrat aufgelöst und die Bildung neuer Eisenbahnräte angeordnet worden ist, trat am 20. Juli 1922 der neu gewählte Landes-Eisenbahnrat unter dem Vorsitz des Eisenbahngeneraldirektionspräsidenten Nottig zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Der neue Landes-Eisenbahnrat setzt sich aus 32 Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern zusammen, von denen gewöhlt sind 6 von den Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen i. V., Zittau und Altenburg, Gera (Neub.), Greiz, 4 von den Gewerkschaften Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen i. V., Zittau und Gera (Neub.), Greiz, 6 von den Landwirtschafts-Vereinen Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Vogtland und Altenburg, Gera (Neub.), Greiz und 8 von den gewerkschaftlichen Organisationen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände und Deutscher Beamtenbund; dazu kommen 7 von der sächsischen Regierung ernannte Mitglieder und ein von der sächsischen Regierung ernanntes Mitglied. Der Landes-Eisenbahnrat prüft zunächst die Gültigkeit der Wahlens- und stelle sodann eine seinen Geschäftsgang regelnde Geschäftsordnung fest. Ferner bestellte er einen aus 8 Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuss und wählte in den Reichs-Eisenbahnrat folgende Herren als Mitglieder: Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Neuhammer-Kriebstein, Herr Kommerzienrat Gleisberg-Grünau, Herr Deconomierat Dr. Andra-Dresden, Herr Richard Tempel-Dresden, als Stellvertreter Herr Kommerzienrat Foll-Altenburg, Herr Direktor Bolte, Herr Schlossermeister Thalheim-Leipzig, Herr Erich Schilling-Leipzig.

—\* **Verboten.** Das Ministerium des Innern macht bekannt: Auf Grund des § 1 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 werden sämtliche Bezirks- und Ortsgruppen des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“ als illegal hiermit verboten und aufgelöst.

—\* **Justizminister Dr. Zeigner und die Demokraten.** Die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Dresden-N., Sedanstraße 92, schreibt dem Teunion-Sachverständigen: Nach verschiedenen Berichten sollte Justizminister Dr. Zeigner in einer Versammlung in Bischofswerda gedauert haben, daß Leute, wie die demokratischen Abgeordneten Dr. Seyfert und Dr. Reinhold unbedingt ausgeschliffen werden müßten, wenn es der Sozialdemokratie möglich sein sollte, mit den bürgerlichen Republikanern wieder ein erträgliches Verhältnis herzustellen. Es war von vornherein anzunehmen, daß Dr. Zeigner sich nicht so gedauert haben konnte, da er selbst wohl kaum annehmen wird, daß die Demokratische Partei einer anderen Partei zuliebe bewährte Führer fallen läßt. In der Tat hat auch Herr Dr. Zeigner diesen Bericht dementieren lassen; leider aber in einer Form, die nicht weniger berechtigten Anlaß zur Kritik gibt wie die ursprüngliche Fassung. Nach der von ihm veranlassenen Berichtigung hat Herr Dr. Zeigner in Bischofswerda betont, daß man mit den Demokraten heute keine Koalition eingehen könne, weil sie nicht gute Republikaner und nicht gute Demokraten seien. Würde einmal eine Situation eintreten, in der man gezwungenermaßen mit den Demokraten zusammengehen müßte, so müßte vorher die Gewähr dafür gegeben sein, daß sie Republikaner und Demokratie besser verteidigen als das bisher Dr. Seyfert und Dr. Reinhold getan hätten. Offenbar glaubt Herr Dr. Zeigner der demokratischen republikanischen Sache einen Dienst dadurch zu erweisen, daß er die Angehörigen der Partei, der die deutsche Republik ihre demokratische Befreiung verdankt, durch den Vorwurf beleidigt, sie seien keine guten Demokraten und Republikaner. Wir können es getrost der Öffentlichkeit überlassen, ob sie Herrn Dr. Zeigner als Richter über die Demokratische Partei und Führer anerkennen will oder nicht. Herr Dr. Seyfert und Herr Dr. Reinhold haben der demokratischen Republik bereits zu einer Zeit erhebliche Dienste geleistet, als Herr Dr. Zeigner noch als Beilich in politischer Verborgenheit

blühte. Im übrigen können wir unser Erörtern darüber nicht unterdrücken, daß gerade Herr Dr. Zeigner sich heute in die vorderste Reihe derer stellt, die ein Zusammengehen mit der Demokratischen Partei befürworten.

—\* **Unnützes Schreiben des Papiergeldes.** Es bürgert sich immer mehr die Unsitte ein, die Banknoten, besonders die neuen Hundertmarkcheine, zu beschreiben. Ist und alle Hände mit Notensammelwerk, Mitteilungen und Grüßen usw. bemast. Derartig vorläufig unbrauchbar gemachtes Papiergeld ist ungültig und wird von keiner amtlichen Kasse in Zahlung genommen, selbst die Reichsbank lehnt die Einlösung ab. Deshalb ist bei der Annahme solcher Scheine Vorsicht geboten.

—\* **Verlängerung der Amtsdauer der Gewerbetamner Mitglieder.** Mit Ablauf des Jahres 1922 endet der Wahlzeitraum für die eine Hälfte der Mitglieder der Gewerbetamner. Es gäben demnach Ende des Jahres Neuwahlen stattzufinden. Da bei der Annahme des Reichsrentenrat im Entwurf vorliegenden Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes erneut Wahlen für die Handwerks- und Gewerbetamner vorgenommen werden müßten und da auch zur Zeit für die Bekleidung der Wahlberechtigten nur Unterlagen aus zurückliegenden Jahren vorhanden sind, beantragten die sächsischen Gewerbetamner beim Wirtschaftsministerium, daß von Neuwahlen in diesem Jahre abgesehen und die Amtsdauer aller Kammermitglieder um ein Jahr verlängert wird.

—\* **Der hundertfache Papierpreis!** Auf dem Wege der Druckpapierpreis-Steigerung gibt es annehmend kein Geld mehr. Seit Beginn des Monats Juli ist der Papierpreis, der bis weit in die Kriegsjahre hinein 20 Pfennig für das Kilo betrug, auf 20 Mark festgesetzt. Das macht für den Dagon fast früher 20000 Mark teurer 200000 Mark. Hierzu kommt noch, daß früher sich der Preis „rei bei Drucker“ verhand, während heute nur „rei bei Bahnhöfen“ geliefert wird. Früher gewährten die Papierfabriken auch noch 2 Prozent Skonto bei Zahlung innerhalb 30 Tagen, heute heißt es „netto Kasse“. Doch mit alledem sind wir noch lange nicht am Ende. Für Monat August ist, wie wir hören, eine weitere außerordentliche Papierpreissteigerung geplant. Dazu kommt für die Zeitungsverlage, daß infolge Steigens der Löhne und Gehälter die Zeitungsverlage sowohl als auch durch die Erhöhung der Telegramm- und Postgebühren der Nachrichtenbetrieb stetig teurer wird. Der Reichstag aber macht ein Gesicht „um Schutze der Presse“, das den kleinen Zeitungen wenig nützen wird. Den Zeitungsverlagen wird daher gar nicht anders übrig bleiben, als die Abonnementspreise, die bisher noch weit hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben sind, weiter zu erhöhen. Sie werden es sicherlich ungern tun, denn sie wissen genau, daß mit jeder Erhöhung eine Verengung des Leserkreises verbunden ist. Aber der vernünftige Leser wird sich sagen: Immer noch besser eine etwas teurere Zeitung als gar keine.

—\* **Der Arbeitsmarkt in Sachsen im Juli 1922.** Die Kurve der Arbeitslosenanzahl zeigte im Monat Juni, nachdem sie in den Vormonaten sich ständig abwärts bewegt hatte, erstmalig wieder einen gewissen Gleichlauf bzw. eine leichte Aufwärtsbewegung. Die bekannten, den Arbeitsmarkt beeinflussenden Erscheinungen der Wirtschaftslage, wie Mangel an Nacharbeitkräften, Wohnungs-, Kohlen- und Rohstoffmangel traten auch im Berichtsmontat in Erscheinung. Auch die Vermittlungsanstalt war im allgemeinen noch äußerst reg. Trotzdem machten sich in einzelnen Berufsgruppen leichte Rückschläge in der Beschäftigungsmöglichkeit bemerkbar, die in einem Anwohnen der Arbeitslosen zum Ausdruck kamen. Ein Sinken der Arbeitslosenanzahl verzeichneten noch folgende Berufsgruppen: die Landwirtschaft von 341 auf 245 (1922 gemeldete offene Stellen gegen 304), die Industrie der Steine und Erden von 71 auf 59, die Metallindustrie von 1185 auf 1129 (1922 gegen 633 offene Stellen), das Zinnstoffgewerbe von 2245 auf 1180, die Papierindustrie von 175 auf 153, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe von 1217 auf 1205, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von 551 auf 527, das Dienstleistungsgewerbe von 214 auf 171, die künstlerisch-gewerblichen Berufe von 55 auf 52, das Gash- und Schankwirtschaftsgewerbe von 514 auf 420, die freien Berufsarten von 1064 auf 1043. Dagegen trat eine Steigerung der Arbeitslosenanzahl ein in der Lederindustrie von 53 auf 64, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe von 117 auf 149, im Baugewerbe von 148 auf 182 (1922 gegen 1401 offene Stellen), in der Gruppe für Maschinen, Feiler und Fabrikarbeiter von 3168 auf 3426 (284 gegen 211 offene Stellen), im Handelsgewerbe von 587 auf 608, in der Gruppe für sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste von 514 auf 5330 (1512 gegen 1330 offene Stellen). Keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenanzahl zeigte der Bergbau (Arbeitslose, denen 570 offene Stellen gegenüberstanden) und die chemische Industrie (24).

—\* **Generaloberst d'Elia.** Generaloberst d'Elia ist im 73. Lebensjahr gestorben. Er war 1849 in Dresden geboren, machte den Krieg 1870/71 mit, durchlief dann die übliche militärische Laufbahn, wurde Generaladjutant des Königs Georg und zog als Kommandierender General des 12. Armeekorps in den Weltkrieg. Die Siege dieses Korps unter seiner Führung sind noch in aller Erinnerung. Schon gleich zu Beginn des Krieges verlor d'Elia seine beiden einzigen Söhne. Bis 1918 hatte er die Führung des Korps und dann der 32. Division von 1916—1917 die der Armeedivision 4 in Lothringen. Anfangs 1917 wurde er aus

Disposition gestellt. Er war Ritter des Pour le mérito und anderer hoher Orden. Zuletzt war er Präsident des Sächsischen Militärvereinsbundes.

**Verbotenes Werbeplakat des Arbeiter-Sportfestes.** Der Leipziger Künstler Erich Gruner hat für das demnächst in Leipzig stattfindende 1. Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportfest ein Werbeplakat entworfen. Eine mächtige in lättem Rot schimmernde Fahne beherbergt das Plakat und eine mit einer roten Schärpe umgürtete, prächtige ideale Turnerfigur hebt sich wirkungsvoll von der Fahne ab. Der Festauschuss hat die Absicht, dieses Plakat als Werbemittel für das Bundesfest auf den Bahnhöfen auszubringen und richtet ein entsprechendes Gesuch an das Reichsverkehrsministerium. Dieses gab seine grundsätzliche Zustimmung, machte sie aber von der Einbringung eines Plakates abhängig. Darauf teilte das Reichsverkehrsministerium mit, daß das Plakat zum Ausbringen auf den Bahnhöfen nicht zugelassen werden könne, da die rote Fahne auf dem Plakat zu stark hervortrete. Das Reichsverkehrsministerium befürchtet, daß der Aushang des Plakates auf den Bahnhöfen zu Auseinandersetzungen mit politisch anders Denkenden führen könne. Diese Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums hatte in Arbeiterkreisen großen Unwillen hervorgerufen und auch zu Beschwerden beim sächsischen Wirtschaftsministerium geführt. Das sächsische Wirtschaftsministerium hatte deshalb in Berlin um nachträgliche Genehmigung zum Aushang des Plakates nachgesucht. Daraufhin hat das Reichsverkehrsministerium erneut einen ablehnenden Bescheid erteilt. Der künstlerische Wert des Plakates wird auch in dem neuen Entscheid nicht bestritten. Es warte bei der Reichsbahn lediglich das Bestreben vor, das neutrale Gebiet der Reichsbahn von jeder politischen Auseinandersetzung freizuhalten. Ausdrücklich bemerkt das Reichsverkehrsministerium, daß es nicht die geringsten Bedenken tragen würde, das Plakat auszuhängen, wenn es z. B. die Reichsfarben oder die Farben der Stadt Leipzig trüge.

**Ein Elbeshiffahrtstag in Magdeburg.** Am 24. August findet in Magdeburg im Zusammenhang mit der mitteldeutschen Ausstellung für Siedlung, soziale Fürsorge und Arbeit ein Elbeshiffahrtstag statt, der zum ersten Male die Vertreter der gesamten Elbeshiffahrt mit den zuständigen Reichs- und Landesbehörden, Handelskammern, Magistraten und den sonst interessierten Körperschaften und Persönlichkeiten des Elbewirtschaftsgebiets zusammenführen soll.

**„Frisches Wasser! Trockene Brötchen!“** Ein Erlass des Reichsverkehrsministers verpflichtet die Bahnbetriebsämter, in Zukunft neben den üblichen Wasser-Erfrischungen auch frisches Trinkwasser und trockene Brötchen zu liefern und anzubieten, damit auch minderbemittelte Reisende die Möglichkeit haben, unterwegs Erfrischungen zu sich zu nehmen. Die Bahnbetriebsämter sind gehalten, diese einfachen Erfrischungen zu billigen Preisen abzugeben, und bei der ständig wachsenden Benutzung der vierten Klasse wird dieser Erlass des Reichsverkehrsministers zweifellos als eine verständnisvolle Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der meisten Reisenden begrüßt werden.

**Die verlorene Eisenbahnfahrkarte.** Daß man eine Fahrkarte verliert, kommt vor. In der Regel findet sie sich bald wieder, und so hat man keine anderen Folgen zu empfinden, als den Schreck über den gebannten Verlust. Manchmal findet sie sich aber nicht wieder. Dann muß man eine Art Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird oder die Fahrkarte verloren hat und diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze von Jage resp. von ihm zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht. Der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnteilgasse die Karte gehabt und ein anderer sie gelehrt habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen, die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, sagt das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern ob er sie befehlen habe. Dies sei durch den Zeugen bewiesen. Wer auf der Eisenbahn fährt, tut also gut, sich für alle Fälle eines Jagen zu versichern und sich dann nicht etwa ins Bodehorn jagen zu lassen, wenn er die Fahrkarte verliert.

**Rassenprüfungsverband Elbtal.** Die Gemeinden Broditz, Coswig, Gröba, Kötz, Sörnewitz, Weinböhla, die Stadt Siebenbrunn sowie der Gemeindefürsorgeverband Weichen-Land haben die Bildung des Rassenprüfungsverbandes Elbtal beschlossen. Nachdem die beteiligten Gemeinde- und Verbandsvertretungen den hierüber angefertigten Satzungsentwurf genehmigt haben, ist in Weichen die endgültige Gründung des Verbandes vorgenommen worden. Zweck des Verbandes ist eine geordnete Prüfung des gesamten Rassen- und Rechnungswesens durch eine dazu befähigte Person, die auch in der Lage ist, mit praktischen Vorschlägen für eine einheitliche muntergültige Gestaltung des Rassen- und Rechnungswesens in den beteiligten Gemeinden an die Hand zu geben. Sitz des Verbandes ist Weichen.

**Die Sturmzeichen für unsere Sächsischen Landeskirche?** Die freie volkstümliche Korrespondenz schreibt: Nach dem „Hannoverschen Tageblatt“ erwiderte der fünfzigjährige sächsische Landesbischof, D. Jhmels, auf der G.-Luth. Synodalkonferenz zu Hannover über das Thema: „Wohin und in welchem Sinne muß die Kirche den Dienst der Gemeinde sehen?“ u. a. folgende Gedankengänge: „Der im Dienste der Gemeinde steht und wirkt, muß innerlich mit dem Volkstum übereinstimmen und in irgendeiner Form auf das Volkstum verpflichtet werden. Wenn jemand im Dienste der Kirche nicht mehr auf dem Boden des Volkstums stehen, muß er die Konsequenzen daraus ziehen oder eventuell auch veranlaßt werden, die Konsequenzen zu ziehen. Mit dem Gedanken des Minoritätenrechtes konnte sich der Vortragende nicht befreunden, er sei ihm die völlige Preisgabe der kirchlichen Ordnung und mache die Kirche zu einem Zwedverband. Er wüßte sich eine Kirchenleitung, die darüber wacht, daß kein Pfarrer mit dem heiligen Predigtamt und mit dem Volkstum (vielleicht?) die aber daneben (?) auch für das Volkstum und dinge volles Verständnis hat.“ — Diese Ausführungen des fünfzigjährigen sächsischen Landesbischofs müssen im Zusammenhang mit den kürzlich erfolgten Auseinandersetzungen freiprotestantischer evangelischer Pfarrer in der bayerischen Landeskirche und der daraus bereits entstandenen innerkirchlichen Krisis die stärkste Beunruhigung in die liberalen Kreise gerade der sächsischen Landeskirche und ihrer zahlreichen freiprotestantischen Geistlichen tragen. Sie dürften einer Kirchenleitung obgen gedankelter Art im Rahmen der Freiheit des lutherischen Evangeliums und der Würde ihrer inneren Ueberzeugung gelassenen Protest entgegenstellen und der Zerfall unserer Landeskirche wäre in greifbare Nähe gerückt!

**Gröba.** Im Großen Gasthof findet heute Abend Eröffnungsvorstellung vom Weichner Marionetten-Theater der Familie Albert Wünsch statt. Hierzu beachte man die Anzeige in vorliegender Nummer.

**Strehla.** Wie unangenehm bei der Suche nach den Mordern Mathenaus eine Reise in die nächste Umgebung werden konnte, das mußte am Sonnabend vormittag ein Angestellter des hiesigen Dampfzuges empfinden, der mit seinem Freunde, einem Dresdener Polizeibeamten, eine Radpartie nach Mägeln unternommen hatte. Dort wurden beide von einem Schulknaben angehalten, auf dem Nachhauseweg aber dann von 2 Schulknechten ertappt, was es

doch verdächtig, daß die Radfahrer zum Teil Manchester-anzug trugen, und man konnte nicht wissen — eine Million Bezahlung für Verhaftung der Mörder! Die angehaltenen Erörterungen waren trotz der Legitimationspapiere ergebnislos, insofern in Strehla auf dem Polizeiamt Scherzhaft und eine bestimmte Auskunft nicht zu erhalten war. Deshalb mußten die Radfahrer sich in das Unvermeidliche fügen und in Mägeln Siehe halten. Von Seiten des hiesigen Dampfzuges, ebenso vom Polizeiamt in Strehla wurden aber dann bestimmte Auskünfte nach Mägeln erteilt, worauf die beiden Manchesterleute wieder entlassen wurden. In Mägeln aber war man um eine ein- gebildete Million ärmer.

**Dahlen.** Der Stadtrat hat die Einführung einer Doderkneuer beschlossen.

**Döbeln.** Der Rat lebte in seiner Sitzung den Antrag der Stadtverordneten auf Befreiung des Wismar- und des Georg-Denkmales ab; der Antrag der Stadtverordneten auf Umbenennung der Admistrasse in Mathenaus-straße wurde ebenfalls abgelehnt, ebenso ein gleicher Antrag aus der Mitte des Rates auf Umbenennung des Bettin- platzes; dagegen wird auf Vorschlag des Vorsitzenden der Sternplatz im Döbeler Westen (um Verwechslungen mit dem Sternplatz im Stadtteil Erdmuth auszufüllen) in Mathenaus-straße umgetauft.

**Leipzig.** Auf der Johanniststraße fuhr ein Auto der Ueberlandzentrale Gröba in ein Geschirr eines hiesigen Geschäftsführers. Der Fahrer hatte infolge des glitschigen Weges das Auto nicht erhalten können, so daß es direkt in die Pferde hineinfuhr, die natürlich sofort bäumten. Die Wagenkammer des Geschirrs hat dem Fahrer des Autos einen Arm aufgerissen, während namentlich das eine Pferd verheerend verletzt wurde.

**Dresden.** Anlässlich der deutsch-spanisch-lid-amerikanischen Woche fand gestern im großen Festsaal des neuen Rathauses ein offizieller Empfangsabend für die hiesigen Vertreter von Staatsangehörigen Spaniens und der südamerikanischen Staaten statt, an dem auch Vertreter der Staats- und städtischen Behörden sowie zahlreiche Ehrenäste und Vertreter teilnahmen.

**Dresden (Kau).** Ein eigenartiger Streik brach Sonntag Abend gelegentlich der Tanzmusik in „Stadt Dresden“ aus. Die Musiker forderten einen Preiszuschlag. Dieser mußten 50 Pfennig für die Tour gezahlt werden. Sie verlangten nun für drei Touren 2 Mark. Die Tänzer weigerten sich, diesen Zuschlag zu zahlen. Da alle Vermittlungsversuche des Wirtes ergebnislos blieben, packten die Musiker ihre Instrumente ein und verließen gegen 9 Uhr den aufbesuchten Saal.

**Freiberg.** Da die Stadtkapelle den vom Stadtrat zum Kapellmeister gewählten Lehrer Debnert nicht anerkennt und der Rat nun anderen die vom Stadtdirektor erbetene monatliche Beihilfe von 1000 Mark für jedes Mitglied der Kapelle nicht bewilligt, hat nunmehr das Stadtdirektor bis auf weiteres aufgehört zu bestehen.

**Gröba.** Die Einke des hiesigen Gemeinderats hat beschlossen, der „Dindenburg-Strasse“ ihren früheren Namen wieder zu geben, so daß sie jetzt wieder Südring heißen wird.

**Hallenau.** Der im 11. Lebensjahre lebende Schulknabe Kurt Gschlich hier war von einer Arenalotte in die Fußspur am rechten Handgelenk gebissen worden. Troßdem ein Schulkamerad die Wunde sofort abschnürte, drang das Gift in den Arm, der dem behauermswerten Knaben im Schmalzer Krankenhaus amputiert werden mußte.

**Weichen-Land.** Infolge Unvorsichtens verunfallte beim Wasserholen an einem Ortbrunnen der Weicher Arbeiter, ein 70jähriger Mann. Er fiel in den Brunnen und war jedenfalls unfähig, sich herauszuarbeiten, so daß er den Tod fand.

**Wolkwitz.** In einer hiesigen Fabrik verunfallte ein junges Mädchen, Tochter des Emil Weil aus Weichen-Land, indem es mit dem Kopf in das Getriebe kam, so daß ihr die Kopfhaut losgerissen wurde. In bedenklichem Zustande wurde die Bedauernswerte nach dem Kreiskranken- stift Jwaikau überführt.

**Frankenberg.** Am zweiten Tage der großen Ferien haben sich vier Knaben damit belüßt, nicht weniger als 97 Fensterheben an der hinteren Seite der hiesigen Kaserne einzuwerfen. Bedenkt man, daß eine einzige Scheibe rund 140 Mark kostet, so kann man den Schaden leicht berechnen.

**Klingenthal.** Hier hatten sich sozialdemokratische Stadtverordnete an einer Demonstration beteiligt, die in Tätlichkeiten ausartete. Die in der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen bürgerlichen Klingenthaler Stadtverordneten und Stadträte verlangten nun, daß ihrem mihandelten Mitglied von den an den Ausschreitungen beteiligten Stadtverordneten Genehmigung gegeben werde. Das lehnten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ab, worauf die bürgerlichen Stadtverordneten die Sitzung verließen und erklärten, an keiner Sitzung der städtischen Kollegien teilzunehmen und ihre Mandate niederzulegen. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat nunmehr die Auflösung der beiden städtischen Kollegien bei der vorerwähnten Behörde beantragt.

**Volkwitz.** In den ausgedehnten staatlichen Nadelholzwaldungen zwischen den hiesigen Ortschaften sind in diesem Jahre die Heidebeeren in überaus großen Mengen zur Reife gekommen, infolgedessen ist jetzt der Wald von Beerenfressern täglich in großer Zahl belesen, namentlich aber aus den Städten der Umgebung, wie Wahren, Delitzsch, Falkenstein und sogar aus Jwaikau kommen sie heutzutage Morgenrunden in Scharen zu Fuß und mit Eisenbahn hier an und kehren abends mit gefüllten Krügen, Wassereimern, Körben wieder heim; einer Familie von etwa vier Köpfen bringt der Ertrag an einem Tage bis zu 30 und 40 Pfund. Die hier zum Verkauf verpflichteten Beeren werden mit 10 bis 14 Mark das Pfund bezahlt. Ebenso ist auch der Bedarf an Preisbeeren, die jedoch erst in einigen Wochen reif werden, sehr reichlich.

**Wolkwitz.** Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde nachts an einem Mädchen verübt, das vom Tanz heimkehrte. Der Unhold bedrohte es mit einem Dolch, falls es um Hilfe rufen sollte. In dem Verbrechen wurde ein arbeitsloser 24 Jahre alter Mann ermittelt. Bei der Festnahme leistete er großen Widerstand.

**Senftenberg.** Am 1. Juli war es anlässlich des Grubenbrandes in Senftenberg, vor allem in den dortigen Anlagen der Ise-Gesellschaft, zu früheren Ausbreitungen und Wünderungen gekommen, an denen sich hauptsächlich polnische Arbeiter beteiligten hatten. Bevor die von der Direktion der Ise-Gesellschaft telefonisch erbetene polizeiliche Hilfe aus Cottbus eintraf, hatte das Gemeindefest- fahrte des dortigen Bezirkes selbst Schutzmaßnahmen gegen diese Ausbreitungen des Böbels ergriffen. Patrouillen der organisierten Arbeiterschaft übernahmen die Sicherungen der Straßen und Geschäfte und machten eine größere Anzahl von Wünderern dingfest. Meldungen von linksradikaler Seite zufolge scheint jetzt die Absicht zu bestehen, die einmal geschlossene Arbeiterwehr nun als dauernde Einrichtung der Arbeiterschaft beizubehalten.

### Vermischtes.

**Ein Volkzug zur Entgleisung gebracht.** Zwischen den Stationen Romanow und Wschomonska (Rußland) ist infolge Verkümmung des Gleises durch Banditen der zur polnischen Grenze fahrende Volkzug entgleist, 14 Tote, 5 Schwere und 14 Leichtverletzte konnten geborgen werden.

**Die Zahl der Toten läßt sich noch nicht genau feststellen.** Vier Waggons, die voll besetzt waren, sind völlig verbrannt. In ungenauer Zahl. Der Schnellzug Gera—Vord- beaur ist zwischen Gornessa (?) und Vordbeaur entgleist. Die Maschine, der Tender und der Gepäckwagen stürzten die Böschung in einen fünf Meter tiefer gelegenen Wein- berg hinab. Der Lokomotivführer wurde auf der Stelle getötet, der Feizer schwer verletzt. Einige Reisende haben leichte Verwundungen davongetragen. Die eingehende Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück durch Lösung von Schienen und Schwellen in verdächtigem Abstand herbeigeführt ist.

**Verkehrsunterbrechungen durch Hoch- wasser.** Die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage haben den Bahndörper der Arbergbahn an mehreren Stellen derart unterwässert, daß Verkehrsunterbrechungen ein- treten mußten. Auf der Strecke Landek—Schönwies der Arbergbahn mußte der Güterverkehr bereits am 15. Juli vollständig eingestellt werden, der Personenverkehr kann nur durch Umfahrungen aufrechterhalten werden. Der Verkehr Innsbruck—Bregenz mußte, soweit Schnellzüge in Frage kommen, ausfallen. Die Strecke Feldkirch—Buchs ist un- fahrbar geworden, da das Hochwasser der Ill die Eisen- bahnbrücke gefährdet. Der Ausverkehr in die Schweiz wird einwirken über Bregenz—St. Margarethen geleitet. Die Montafoner-Bahn ist gleichfalls unterbrochen. Auch im Salzburgerischen und im Ennstal ist der Eisenbahnverkehr durch Hochwasser bedroht, was zu Verspätungen und unvor- hergesehenen Jugsaufenthalten führt und in diesen Tagen des höchsten Urlaubsverkehrs für die Reisenden eine große Behinderung ist.

**Personenauto verbrannt.** Dienstag Abend verbrannte auf offener Straße zwischen Butza und Ebnach in Richtung Erfurt ein Personenauto. Die beiden Insassen, Männer im Alter von 30—40 Jahren, haben nach Entfernung der Remscheiben des Kraftwagens hien liegen gelassen und sind mit dem fahrerlos verlassenen Buge nach Erfurt weitergefahren. Die Gendarmerie in Butza vermutet, daß es sich um Selbstmörder der Mathenaus- Mörder handelte.

**Benzinexplosion.** Nach einer Meldung aus Gebe ereignete sich, als zwei Arbeiter in einer Werkstatt einen Wasserbehälter mit Benzin reinigen wollten, eine Explosion. Die beiden Arbeiter, die sich in dem Behälter befanden, erlitten so schwere Brandwunden, daß sie nach wenigen Stunden starben.

**Auf Strand gesetzt.** Der Hamburger Dampfer „Thea“ wurde von seinem Kapitän drei Seemeilen östlich Leda auf Strand gesetzt, weil ein auf See entlandenes Sed die Weiterfahrt unmöglich machte. Die Mannschaft wurde durch die Lebaer Rettungsstation an Land gebracht.

**Erfroren.** Von einer Augsburger und Dresdener Touristengruppe sind bei der Befreiung der Zugspitze vier Teilnehmer erfroren. Ein Schneesturm hatte die Touristen überrascht und die Erreichung der Schauhütte unmöglich gemacht.

**Ein ungewöhnliches Abenteuer erlebte in Berlin ein junger Hamburger, den sein Vater, ein Wein- händler, mit 4000 Mark zu einem Einkauf nach Berlin geschickt hatte. Der junge Mann kam auf dem Leichter Bahnhof an und ging dann nach dem Potsdamer Platz, um dort in einem Lokal zu essen. In dem Restaurant geriet er mit zwei Männern in ein Gespräch, und schließlich er- boten sich die beiden, ihm in der Schlossstraße zu Char- lottenburg ein Unterkommen zu verschaffen. Nach einer Jecherei fuhr man gemeinsam dorthin. Am nächsten Morgen erwachte der Hamburger vollständig angekleidet in einem Bett. Er trug aber nicht seine eigene Kleidung, son- dern einen schädigen fedrigen Anzug. Die beiden Gast- freunde, die ihm das Zimmer verschafft hatten, waren verschwunden. Seinen Anzug und seine Wertpapiere mit dem Gelde hatten sie mitgenommen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die fedrige Uniform einem 35 Jahre alten Adolf Sommerfeld gehörte und nahm diesen fest. Bei ihm fanden sich auch die Kleider des Ausgeplünderten wieder. Seinen Spielgefährten will Sommerfeld nicht kennen.**

**Das Ende einer Liebe.** Ein interessanter Liebes- roman wird zurzeit in der Wiener Gesellschaft viel be- sprochen. Auf Anzeige der Baronin Ida Soden in Wien wurde dort der Ingenieur Ivan Volgar unter der Beschul- digung der Veruntreuung verhaftet und ins Landesgerichts- gefängnis eingeliefert. Die romanhafte Vorgeschichte dieser Verhaftung, die der Beschuldigte mit einer Anzeige gegen die Baronin wegen Erpressung zu bekräftigen beabsichtigt, ist folgende: Die Baronin Soden ist eine Enkelin des früheren Reichsministers Fürsten Guleburg, eine Tochter des Grafen Botho Guleburg. Sie hatte im letzten Kriegs- jahre in Wiesbaden den Ingenieur Volgar, der damals österreichischer Heeresoberleutnant war und sich dort zur Kur aufhielt, kennen gelernt. Volgar stammt aus reich be- güterter Familie und besitzt mit seinem Bruder große In- dustrien in Mähren-Ostau. Aus der Kuchelantichast entwickelte sich eine Freundschaft — und nach dem Kriege trafen die beiden sich in der Schweiz. Dort führten sie gemeinsam ein Leben des größten Stills. Als ihnen das Geld ausging, verpfändete Volgar eine Anzahl Industriek- arten, die ihm die Baronin zur Aufbewahrung gegeben hatte, für 300000 Schweizer Franken. Denselben Weg gingen ein Pels und ein Perlentoller der Baronin, wofür Volgar 100000 Franken geliehen erhielt. Dann verlegte das Paar seinen Wohnsitz nach Wien, wo es im Hotel Sacher wohnte. Hier schienen nun beide Teile einander wieder gewonnen zu sein. Und mit der Wiederkehr Liebes tauchern die Beschuldigungen der Baronin auf, die darin gehen, daß Volgar ihre Sachen ohne ihr Wissen und Willen verpfändet habe, während Volgar das Gegenteil behauptet und erklärt, die erlöhnten Gelder seien für Ver- breitung der gemeinsamen Lebensführung verwendet worden.

**Mit einem neuen Trick haben in London einige Diebe mehrere Geschäftsinhaber hies hineingelockt. Zwei Mann, von denen der eine einen photographischen Apparat bei sich hatte, erschienen im Laden und bearbeiteten den Prinzipal so lange, bis er einwilligte, sich mit seinen Angehörigen von ihnen photographieren zu lassen. Der Chef und seine Leute wurden dann auf der Straße vor dem Laden aufgestellt und in der bekannten Weise ge- geben, ein freundliches Gesicht zu machen. Das taten sie auch; um so weniger freundlich waren ihre Mienen, als sie nach erfolgter Aufnahme in den Laden zurückkamen und die Ladentasse geleert fanden. Als man sich nach den „Photographen“ umah, waren sie samt ihren Helfers- helfern verschwunden.**

**Eine völlig unbekannte Stadt.** Die völlig unbekannte Stadt, von der hier die Rede ist, heißt Wiffen. Die Biertrinker der ganzen Welt wissen zwar, daß Wiffen eine berühmte Stadt ist; man kennt sie in England und Frankreich ebenso gut wie in Amerika und Australien; aber in der Lichscholowat ist sie völlig unbekannt. Wenig- stens behauptet das die Postverwaltung dieses Landes. Ein Leipziger Kaufmann erhielt einen mit „Wiffen“ adressierten Brief von dort als unbestellbar zurück. Es war aber ein sehr wichtiges Schreiben, und darum hat er einen Träger Geschäftsreisend um die Zustellung eines deutsch-schwe- dischen Reisepostgeschmisses, um den Brief richtig adressieren zu können. Etwas umständlich, aber die lischscholowatische Postverwaltung hat ihre Freude daran. Man kann den Schabernack, den sie dem Leipziger Kaufmann gespielt hat, nur als chauvinistischen Unflug bezeichnen. Das soll Patriotismus sein! Ein merkwürdiger Patriotismus, der die wirtschaftlichen Interessen des Landes schädigt, um sich

einen so bequemen Weg zu leisten. Von hoher Intelligenz zeugt dieses Verfahren jedenfalls auch nicht.

**Lutherstadt Wittenberg.** Die Stadt Wittenberg soll nach einem kürzlich gefassten Beschlusse der dortigen Stadtverordnetenversammlung künftig den Namen „Lutherstadt Wittenberg“ tragen. Eine nähere Kennzeichnung ist ja unbedingt notwendig, da es drei Orte namens Wittenberg gibt, nämlich in Ostpreußen, Pommern und Westpreußen. Von Seiten der Post wurde darum zur Unterscheidung der Lutherstadt geschrieben: „Wittenberg, Bes. (b. h. Oberpostdirektionsbezirk) Halle“; die Eisenbahnverwaltung wählte die Bezeichnung: „Wittenberg, Prov. Sachsen“. Die in manchen Kreisen übliche Kennzeichnung „Wittenberg (Ibte)“ führte leicht zu Verwechslungen mit Wittenberge, das ebenfalls an der Elbe, aber im Regierungsbezirk Potsdam liegt. Es ist daher ein sehr empfehlenswerter Vorschlag der Wittenberger Stadtverordnetenversammlung, künftig „Lutherstadt Wittenberg“ zu schreiben. T. G. A.

Eine Abfuhr. In letzter Woche ging, so lesen wir in der „Mitteldeutschen Zeitung“, eine junge Dame mit einem etwa fünfjährigen Kinde auf dem Bahnsteig in Praha zu warten, um auf den nächsten Zug zu warten. Zwei Engländer treten an sie heran und fragen in englischer Sprache, wann der nächste Zug nach Berlin fahre. Ton und Haltung einfach ungezogen. Obwohl die Dame den Inhalt der Frage verstanden hat, erwiderte sie, daß man in Deutschland sei und hier deutsch zu sprechen hätte. Darauf einer der beiden Engländer, freilich etwas radebrechend, aber immerhin doch in deutscher Sprache: „Die Deutschen stehen so unter englischen Druck, daß man verlangen kann, daß jeder Deutsche Englisch kann oder lernt!“ Darauf das kleine Mädchen, das die Fremden neugierig von oben bis unten angeschaut hat: „Unkel, du mußt erst aufhören, es schickt sich nicht, mit vollem Munde zu sprechen!“ Schallendes Gelächter der Umstehenden. Das „Kau“-brennendes des Engländers ist dem Kinde gewiß doppelt unangenehm aufgefallen.

**Verkauf der Baronekrone.** Die endlose Gefährdung der Bolschewikregierung findet immer aufs Neue, die leeren Taschen zu füllen. Nachdem so ziemlich alle Werte und Kostbarkeiten der Bourgeoisie „nationalisiert“, d. h. enteignet worden sind, wird in allerhöchster Zeit die berühmte Moskauer „Waffenkammer“ geöffnet werden, um ein historisches Wertobjekt nach dem andern verschwinden zu lassen. Dazu gehören auch die kostbaren Kronen des ehemaligen russischen Zaren. Abgegeben von dem reichen Zarenwelschmied, den sie tragen, wird der Goldwert allein von Kronen auf 700 Millionen Goldrubel geschätzt.

Das Aergernis erregende Kreuz. In Darmstadt (Hess.) ließ der Oberbürgermeister, nachdem der Stadtrat den Reichsbauzwang eingeführt hatte, das über der Reichshalle befindliche Kreuz entfernen, weil sächsische Zeichen nicht in die mit dem Kreuz verfehene Halle gesetzt werden dürften. Der sächsische Bevölkerung hat sich eine lebhafteste Erregung bemächtigt, zumal die sächsische Gemeinde die Beseitigung des Kreuzes gar nicht verlangt hat. G. G. A.

An der Unrechten gekommen. Als der Arzt Dr. med. G. aus Jauer in Schließeln vorläge Woche zu einem Nachbesuch über Land gerufen wurde, wurde er von einem Wegegänger angefallen. Der Arzt setzte sich kräftig zur Wehr und brachte dem nächtlichen Angreifer mit seinem Faustschlüssel mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf und im Gesicht bei, so daß der Wegegänger blutüberströmt zusammenbrach. Am anderen Morgen kam der Verletzte zu demselben Arzt, um sich verbinden zu lassen. Vesterer erkannte den Angreifer und veranlaßte seine sofortige Verhaftung.

Die Gans. Lehrer: „Nun, Kinder, wer kann mir aufzählen, was man alles von der Gans gewinnt?“ — Frieda: „Gänsefleisch.“ — Lehrer: „Gut. Was noch?“ — Ida: „Schmalz.“ — Lehrer: „Und was noch?“ — Lina: „Fleisch.“ — Lehrer: „Und weiter? (Alles schweigt.) Nun, Frieda, was habt ihr denn im Bett?“ — Frieda: „Wangen, Herr Lehrer.“

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 21. Juli 1922.

**Gerabekung der deutschen Kohlenlieferungen.** (Paris. Wie der „Matin“ zu wissen glaubt, wird die Reparationskommission, die gestern die französischen Sachverständigen über die deutschen Kohlenlieferungen gebürt hat, heute ihre Entscheidung über die Höhe der künftigen Kohlenlieferungen Deutschlands treffen. Die Reparationskommission werde Deutschland im Hinblick auf seine Lage eine leichte Gerabekung der verlangten Kohlenlieferungen bewilligen.

**Schuldenerleichterung und Befugungsabbau.** (Paris. In den Kreisen des Quai d'Orsay wird es für sehr wahrscheinlich gehalten, daß Poincaré noch vor Ende dieses Monats nach London reist. Von unterrichteter Seite wird behauptet, daß Poincaré nicht daran denkt, die Hilfe von einem vorherigen Beschluß der Reparations-

Kommission abhängig zu machen. In den Kreisen der hiesigen englischen Botschaft verläutet, Lloyd George werde Poincaré die völlige Streichung der französischen Schulden anbieten und als Gegenleistung eine Zustimmung Frankreichs zu einer starken Gerabekung der deutschen Schulden und zur Verminderung der Befugungsstrassen im Rheinlande auf ein Viertel des gegenwärtigen Standes fordern. Die deutsche Schuld soll nach dem Vorschlage Lloyd Georges auf einen Betrag herabgesetzt werden, der unterhalb der Summe, die bisher für die ermäßigte Schuldlumme genannt wurde, liegt.

**Die französische Presse zum Reparationsabkommen.**

(Paris. „Echo de Paris“ schreibt zu der von Poincaré an den französischen Delegierten bei der Reparationskommission gerichteten Denkschrift, diese sei befriedigend, da Poincaré sehr klar auf der Notwendigkeit bestehe, raschstens eine beabsichtigte Verflechtung des Schuldners festzusetzen. Sie sei ferner befriedigend, weil sie der Kommission empfehle, unverzüglich das öffentliche deutsche Vermögen, Wälder, Domänen und Staatsgruben mit Hypotheken zu belegen. Das seien Vorschläge für eine etwaige Anleihe, nach dem die deutsche Währungsreform durchgeführt worden sei. — „Welt Parisien“ schreibt in Würdigung der Ergebnisse des Garantienabkommens: Der erste Unterabtausch beschäftigte sich mit den deutschen Budgetausgaben. Es scheint nicht, daß er eine wesentliche Gerabekung erreichte. Man hatte besonders nicht geglaubt, die Ausgaben vermindern zu können, die bestimmt seien, die Engländer zu vervollkommen oder das deutsche Eisenbahnen der neuen Gestaltung des deutschen Gebietes anzupassen. Der zweite Unterabtausch habe sich mit den Einnahmen beschäftigt. Was er erreichte, bestehe weniger in der Vermehrung von Steuern als in der Sicherstellung des Einganges der schon in Kraft befindlichen. Es scheinen auch Vorkerbungen getroffen zu sein, um den baldmöglichsten Eingang der Zwangsanleihe jedenfalls vor Jähreende sicherzustellen. Der dritte Unterabtausch, der sich mit der Kapitalflucht beschäftigte, schlug gewisse praktische Maßnahmen gegen die Spekulation des großen Publikums vor.

**Der Streit der Rhein-Schleppdampfer-Bemannungen.**

(Amsterdam. Laut „Allgemein Handelsblad“ wurden gestern über den in Holland wegen der vorgeschlagenen Lohnherabsetzung von 10 Prozent ausgebrochenen Streit der Bemannungen der Rhein-Schleppdampfer Vorkerbungen getroffen, die von Dr. Ruboff, dem bevollmächtigten Vertreter des deutschen Transportarbeiterverbandes, unter Teilnahme von Maschinisten und Heizer zusammen mit dem Vorstand des holländischen Zentralverbandes der Transportarbeiter über die Zusammenarbeit der deutschen und holländischen Organisationen eingeleitet wurden. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Beginnend mit dem heutigen Tag wird der Streit proklamiert für alle Rheinschiffe, sowie Schleppdampfer, Frachtschiffe und deren Schleppdampfer; 2. den deutschen Organisationen wird Zustimmung erteilt, die deutschen Frachtschiffe, die in den Niederlanden beladen wurden, am 8. Juli mit der Ladung zu beginnen und am 20. Juli beladen sind, mit deutschen Schleppdampfern rheinwärts zu schleppen. Dagegen sind die deutschen Organisationen verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß a) niederländische Frachtschiffe in Deutschland weder beladen noch gelöscht werden, noch Kohlen erhalten oder geschleppt werden, b) während der Dauer des Streiks kein Schiff nach Holland gelangt, c) kein anderes Schiff durch deutsche Schleppdampfer stromaufwärts geschleppt wird als die unter 2. aufgeführten.

**Einheitsfront zur Bekämpfung der Reaktion.**

(Amsterdam. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der internationalen Gewerkschaftskonferenz erarbeiteten die deutschen Delegierten Wels und Crispian ausführlichen Bericht über die politischen Zustände in Deutschland und über die zur Verteidigung der republikanischen Staatsform in Deutschland getroffenen Maßnahmen. In der Aussprache, die an den Bericht der beiden Delegierten schloß, wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Aufrichtung einer Einheitsfront zur Bekämpfung der Reaktion dargelegt und eine gemeinsame Aktion befürwortet. Bezüglich der zu befolgenden gemeinsamen Richtlinien behandelte volle Uebereinstimmung. Am Schluß der Nachmittags-Sitzung wurde eine Kommission ernannt, bestehend aus Wimmen vom internationalen Gewerkschaftsbund, Banters und Wels von der Zweiten Internationale, Walbeid und Grimm von der Wiener Internationale. Die Kommission soll eine gemeinsame Erklärung vorbereiten, die die Ansicht der drei Leitungen klar zum Ausdruck bringt.

**Sum Einfall im Burgenland.**

(Budapest. (Ungar. Korrbüro.) Obwohl die ungarische Regierung seinerzeit die Teilnahme an den Kämpfen in Westungarn entwarf und passiviert, wurden jüngst neuerliche Ansammlungen an der westungarischen Grenze bemerkt. Die ungarische Regierung traf unverzüglich die energigsten Verfügungen gegen die Verhinderung etwaiger Organisirungen. Im Laufe der Abwehrmaßnahmen entlocken

mehrere Aufständische auf österreichisches Gebiet bei Nagersdorf und wurden durch Gewehrfeuer der österreichischen Wehrmacht zurückgebrängt. Beim Rückzug auf ungarisches Gebiet wurden auch diese Aufständischen durch die ungarische Gendarmerie entwaffnet und verhaftet. Es wurden alle Verfügungen getroffen, um weitere Ansammlungen zu verhindern.

**Auskauf in Schweden.**

(Stockholm. Die Telefonbeamten in Stockholm und Gothenburg sind heute in den Auskauf getreten. Ortsgespräche können nicht mehr stattfinden, dagegen wird der Fernverkehr aufrecht erhalten. — Dagens Nyheter zufolge beschloß das Verlonal der großen schwedischen Privat-eisenbahnen wegen Lohnstreitigkeiten in den Streit zu treten. Der Zeitpunkt für den Beginn des Streites ist noch nicht bestimmt.

**Der griechisch-türkische Friede.**

(Paris. Der Minister des Innern der Regierung von Anzora ist in Paris angekommen. Er hatte gestern mit Franklign Vouillon eine lange Unterredung über den griechisch-türkischen Frieden.

**Der Eisenbahnerstreik in Amerika.**

(Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wurden infolge des Eisenbahnerstreiks mehr als 150 Eisenbahnzüge aus dem Fahrplan gestrichen. Aus einzelnen Orten des Landes werden Unruhen gemeldet.

**Die bairische Nichtkennung gegen Berlin.**

(Berlin. Nach einer Meldung des „Tageblatts“ aus München wurden die Beratungen des bairischen Ministerrats gestern abend fortgesetzt. Sie sollen unter allen Umständen soweit gefördert werden, daß dem heute zusammengetretenen Landesausschuß bestimmte Garantieforneln für die Handhabung der Gesetzgebung und der Republik unterbreitet werden können. Wie das Blatt weiter meldet, hat Graf Verchenfeld dem bairischen Senat in Berlin Dr. von Preger für seine Haltung im Reichsrat und Reichstag die volle Anerkennung der bairischen Regierung ausgesprochen. — Nach einer Münchner Meldung der „Post“, verliert der Gedanke, den Landtag aufzulösen und auf das bairische Volk mit Wahlen zu appellieren, auch in der bairischen Volkspartei sehr an Boden, da man sich frage, was man denn tun sollte, wenn die Befragung des Volkes eine große Mehrheit gegen die republikanische Gesetzgebung zeitigen würde. Eine rechtsetzende Münchner Zeitung schreibt: Im Interesse der politischen Reinklarheit und der Befestigung unseres Beamtenums wünschenswert wir lieber radikalste Annahme der Ausnahmengesetze als die Verfolgung von ebenso unbegründeten wie unbedeutenden Gedankenengungen, die jetzt in den Münchner Köpfen zu spuken beginnen. — Die Demokratische Partei verlangt nach einer Mitteilung ihrer Korrespondenz, daß jetzt, da die Gesetze angenommen sind, sie auch von Bayern ordnungsgemäß und loyal durchgeführt werden. — Ein Aufruf des Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei Frankens ermahnt die Arbeiter, auf der Hut zu sein. Die Männer, denen Ihr Euer Vertrauen geschenkt habt, werden Euch aufsuchen, nicht zu Worten, sondern zu Taten für die in Bayern immer wieder aufs neue bedrohte und gefährdete deutsche Republik. — Auch das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei „Der Sozialdemokrat“ richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, sich in Alarmzustand zu setzen.

München. Im Landtage wurde gestern die bairische Regierung gefragt, wie es mit der vom Reich angebotenen Entfernung der alten Hoftheatergebäude aus dem Gebäude der Finanzverwaltung stehe. Das Finanzministerium erwiderte, was das Reich entfernen wolle, sei keine Sache, aber diese Gegenstände seien Eigentum des bairischen Staats. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß man der bairischen Regierung die Absicht der Entfernung mitgeteilt hätte und daß man angegeben hätte, wo die Absichten hinabzubringen seien. Es handele sich a. B. bei den Wappenschildern um Kunstdenkmäler, die man nicht ohne weiteres entfernen könne. Es müßte erwogen werden, ob die Wirkung der Entfernung in einem Verhältnis stehe zu dem Wert dessen, was zerstört werde.

München. Im bairischen Landtage erklärte gestern der Finanzminister Dr. Krausnick, auf seine Vorkerbungen hin habe sich die Reichsregierung bereit erklärt, von einer völligen Aufhebung der Finanzkammer Abstand zu nehmen. Inzwischen habe sich gezeigt, daß es nicht so weitergehen könne, da bei den Landesfinanzämtern so große Arbeitsrückstände entstanden sind, daß für den bairischen Staat Millionenverluste eintreten. Die Verhältnisse im Landesfinanzamt München seien geradezu katastrophal. Die bairische Regierung sei nicht von jeder Schuld freizubringen. Es gehe nicht an, bei der Zentralisierung der Geschäfte die Reichsangelegenheiten zu erledigen und die Landesangelegenheiten liegen zu lassen. Man könne aber eine Einheit denken wie man wolle, aber sachliche Interessen gegenseitig seien unvereinbar.

## Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Webermeierzeit von Anna Wotke. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wotke-Mahn, Leipzig.

44. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Leberecht Bauer sah sein Weib groß an und löste unwirsch ihre ihn umklammernden Hände. Ohne ein Wort, ohne Gruß verließ er das Zimmer. Henriette stand, beide Hände über der Brust gefaltet, ganz vernichtet vor Andreas, der ihr voll trauriger Blicke in die Augen sah. „Nun heißt es auch für uns, von einander auf ewig Abschied nehmen“, sagte er sanft. „Ich gehe, und wir werden uns niemals wiedersehen. Das ist gut so, Henriette, denn —“ er stockte — „ich hätte die Qual nicht länger ertragen.“

Henrietens Augen öffneten sich weit, dann warf sie ihre Arme leidenschaftlich um seinen Hals. „Du darfst nicht fortgehen, Andreas, so nicht.“ Kam es beherd von ihren Lippen. „Bereite dich, daß mich die Schuld, die fürchterliche Schuld zu Boden schmettert. Deine Worte von der goldenen Brücke, ich habe sie nicht vergessen können, Tag und Nacht haben sie mich verfolgt und mir gezeigt, wie grenzenlos elend ich bin, seitdem ich weiß, daß du mich verachtest, Andreas.“

Er sah ihr mit welcher Härlichkeit in ihre blauen, aberwachten Blicke. Wild lachte er ihre schlanken, weichen Hände. „Nein, Henriette, ich verachte dich nicht, seitdem ich weiß, daß du leidest. Du hast meinem Vater Glück gegeben, und das soll dir gebannt sein. Es ist mir nicht leicht geworden“, fuhr er mit einem schmerzlichen Lächeln fort, „mich zu dieser Auffassung durchzuführen, denn, Henriette — nie habe ich aufgehört dich zu lieben, und bis zu meinem letzten Atemzuge wirst du meines Lebens Licht, meines Lebens Sonne sein. Ich hätte es nicht sagen sollen, du wirst jetzt nicht mehr wie eines Toten denken, und dem Scheidenden vergißt man ein letztes Wort. So laß uns denn Abschied nehmen, Henriette! Daß die goldene Brücke zu einem Pfad der Erinnerung werden, der unsere Seelen zusammenführt, wenn wir längst geschieden sind.“

Henriette sah verzweifelt zu ihm auf. Große Tränen tropften über ihre blauen Wangen. „Du sprichst, als nimmst du Abschied fürs Leben, Andreas. Ach, wenn ich es doch sagen könnte, wie wund-

wie zerrissen meine Seele ist. Lächelnd und stolz ließ ich mir von deinem Vater die goldene Brücke bauen. Die Brücke zerbrach, Andreas, seitdem ich erkannte, daß ich nicht vermochte, dich aus meinem Herzen zu verbannen.“ Andreas hatte Henriette wild, mit verdörnten Augen an. Dann rief er sie leidenschaftlich in seine Arme und barg ihr weinendes und zuckendes Antlitz an seiner Brust. „Henriette!“ jammerte er auf. Er neigte sich über ihr weiches Gesicht und küßte ihren zuckenden Mund, ihre weinenden Augen.

„So nehme ich Abschied von dir, Geliebte.“ flücherte er innig. „Seligkeit im Herzen für dieses letzte Wort.“

„Du darfst mir nicht, Andreas?“ fragte sie, sich von ihm lösend und bang zu ihm aufsehend.

„Nein, Liebe, ich verachte nur zu wohl, daß Leberecht Bauer der Wächtere ist, dem ich weichen mußte.“

„So ist es nicht, Andreas. Ich nahm deinen Vater, wie du sagtest: weil die goldene Brücke mich lockte, ohne Liebe, aber ich lernte ihn lieben, ihn wertschätzen. Seine heilige Liebe entflammte Gefühle bei mir, die mich ihm immer näher brachten. Bis du zurück kamst, Andreas, und mir so bittere Wahrheiten ins Gesicht schleuderst. Da erst erkannte ich, was ich dir, was ich mir, was ich deinem Vater getan. Unser aller Glück habe ich zerbrochen — wie die goldene Brücke zerbrach. Kannst du mir verzeihen, Andreas?“

Nach einmal nahm er sie in seine Arme. „Ich liebe dich“, sagte er innig, „obwohl es Tod-sünde ist. Gott sei mir gnädig.“

„Schau dich an, wie sie ihre Lippen im Kusse, dann war Henriette allein. Sie sah Andreas verstört nach, dann schrie sie gellend auf und brach heillos zusammen.“

Die Wogensonne spielte mit goldenen Lichtern auf ihrem blauschwarzen Haar und die alte, große Standuhr tickte leise. Die Todesgrauen war es in Henriettes Seele.

— so hatte es Leberecht Bauer gewollt — die Hochzeit ver-schoben sei.

Zuerst waren die beiden alten Mädchen ganz aus den Fugen. Bald aber gewann ihr geübter praktischer Sinn die Oberhand. Während Henriette jetzt auf ihrem Zimmer, in dem die Fenster verdunkelt waren, leise und teilnahmslos lag, und auf alle an sie gerichteten Fragen keine Antwort gab, machten sie sich daran, das Haus wieder gründlich in Ordnung zu bringen.

Dabei schimpften sie abwechselnd auf Riese und auf Dortchen. Auf Riese, weil sie ihre Herrschaft schmählich im Stich gelassen, und man nun alle Arbeit selbst tun mußte, auf Dortchen, daß sie eine solche Sünderin begangen konnte.

Unter den rührigen Händen der beiden Schwestern Leberechts glätteten sich rasch die Wogen der Unordnung im Hause, zumal Tante Malchen sogar die Verklänge in der Apotheke tüchtig zur Hilfe anspannte. Als der erste Sturm sich gelegt und das Mittagessen auf dem Feuer brodelte, da sagte Julius hochbefriedigt zu Malchen:

„Na, Riese, Malchen, daß wir doch noch zu etwas nütze sind? Was wollte wohl Henriette anfangen, wenn sie uns nicht hätte?“

Malchen, die das kleine Marielchen tröstend im Arme hielt, das unaufhörlich nach Dortchen weinte, nickte und freigeitete sich das blonde Haar der Kleinen. Malchen hatte so etwas noch nie gewagt, und ihr alterndes Mädchen-herz klopfte ordentlich dabei, als begehe sie ein Verbrechen. „Ja“, meinte sie, „und wenn ich es recht bedenke, Julius, am Ende war es das Richtige, was Dortchen getan.“

Julie Bauer hob abwehrend die Hände. „Wo bleibt denn da die Moral? Gott beschütze, wofür soll das führen, wenn man gleich davontäuft, noch dazu mit einem Menschen, in den man verliebt ist, was schon ganz unschicklich ist.“

„Quatsch nicht, Julius, Sie hat ihn lieb. Wir wissen doch gar nicht, was wir getan hätten, wenn wir jemand lieb gehabt und Leberecht oder die Eltern uns gezwungen hätten, einen ungeliebten Mann zu nehmen. Ich glaube, ich wäre auch durchgegangen.“

Julchen verdreht entsetzt die Augen. „Woh! sei Dank, daß du nicht in eine solche Lage gekommen bist. Da sehen wir ja, daß die leidenschaftliche Aussage bei Dortchen erblich ist, die hat sie von dir.“

**Kunst und Wissenschaft.**  
**Professor Konrad Schäfer** gehört. Der Vorstand der analytisch-anorganischen Abteilung am Chemischen Laboratorium der Universität Leipzig. Professor Dr. phil. Konrad Schäfer, ist am 17. Juli abends in Leipzig an Herzschlag verstorben.  
 Das Jubiläum der Pauliner. Der Dienstag war der letzte Festtag der Universitätsängerkörperschaft zu St. Pauli in Leipzig. Die blauen Mützen, die während der vier Festtage (15. bis 18. Juli) überall aufgetragen, werden nun wieder aufgetragen. Am 4. Juli 1822, also vor 100 Jahren, gründeten 16 Studenten der Universität Leipzig einen „Sängerkreis zu St. Pauli“, um durch ihre gesungene Mitwirkung den Gottesdienst an der Universitätskirche zu St. Pauli zu verschönern. Diese Gründung des Vereins, der sich im Laufe der Jahre aufs Beste bewährt hat, und dem auch führende deutsche Musiker angehören und noch angehören, war nun würdig und reichlich zu begehen. Der Kustodent des Vereins war von tiefstem Grade, Tausende versammelten sich unter der gewaltigen Kuppel des Völkerschlachtdenkmals, um der

Kriegsopfer des Paulus zu gedenken. Die Namen der Gesungenen sind auf einer schönen Violastafel im Vaulnerbause verewigt. Eine echte Weibekunde wurde in der Dämmung des Denkmals verlammeten Teilnehmern bereitet. Kammerlänger Rose und Käte Grundmann boten, begleitet von der Orgel, seelenvolle Trauerlieder. Dann drang von der Höhe der oberen Galerie hernieder das schlichte Abendlied Ferdinand Adams, von der Aktivitas unter Leitung des Universitätsmusikdirektors Friedrich Brandes vorgelesen. Edmund Max Hartmann hielt die Gedächtnisrede, in der er den gelassenen Helden huldigte. In langem Zuge begaben sich dann die vielen Teilnehmer nach dem festlich geschmückten Paulinerbause, wo ein freundlicher Begrüßungsabend stattfand. Am Sonntag nachmittag begann in der Paulinerkirche ein Kirchenkonzert, das ebenfalls Tausende an die Stätte führte, wo vor 100 Jahren der Verein zum ersten Male gesungen. Nach einer Passacaglia des Universitäts-Organisten Prof. Ernst Müller wurde der feierliche „Lobgesang“ vorgelesen, den der Gewandhauskapellmeister Joh. Gottfr. Schicht vor hundert Jahren dem jungen Vereine gewidmet

hat. Als Gegenstück dazu hat der Klavierspieler Herrmann Köhler dem Jubelverein und seinem Musikdirektor ein Liedchen zugeeignet. Auch Anton Bruckner, dem Meister von St. Florian, wurde geschuldet, und zwar mit dem Chöre „Trübherin Musik“. Der Opern- und Oratorienlänger Rodemann, alter Herr des Paulus, bewerte namentlich mit den Dvorakischen „Biblischen Gesängen“, willkommene Gaben bel. Auch Konzertmeister Hamann vom Gewandhause bot verschiedene Solostücke. Das Konzert hinterließ die würdigen Eindrücke. Am Montag fand ein feierlicher Aktus in den Sälen der Universität statt. Das Ministerium stiftete dem Pauliner eine neue Fahne. Der Senat der Universität bewilligte zum Festschlösschen eine Summe von 10000 Mark. Das Nachmittagskonzert im Gewandhause eröffnete das Schwungvoll und mit feierlicher Begeisterung gespielte Meister-singervorspiel. Kapellmeister und Fieder für Bariton Kammerlänger Alfred Rose) mit Orchesterbegleitung von Ernst Einkeim leiteten zu dem Hauptwerk des Konzertes über, dem Chorwerk „Habsdon von Geurich“ (Berk 145). Am Abend vereinigten die Teilnehmer ein Bestkommers.

Am Donnerstag in Meisa gold. Broche verloren. feures Andenken. Gegen Belohnung abzugeben. Neun- aröba, Weidner Str. 3, 1.

**Junger Ehepaar** sucht sofort od. 1. August **1 oder 2 Zimmer** zu mieten. Off. u. G U 9182 an das Tageblatt Meisa.

Wer nimmt 6 Wochen altes gelundes **Mädchen in gute Pflege?** Offerten unter E U 9180 an das Tageblatt Meisa.

**Schulfinder** nicht unter 12 Jahren, für leichte Gartenarbeit gesucht. Gärtnerei Storl, Ebel, Schulmädchen gef. Mathildenstr. 3, p. r. Suche ein

**Mädchen** nicht unter 10 Jahren, auf ein Landgut zur Erziehung meiner beiden Kinder im Alter von 1 u. 2 Jahren, bei vollem Familienanschluss. Werte Offerten erb. u. A H 100 postlagernd Müchsen.

**Alleinmädchen** mit Kochkenntnissen bei gutem Lohn und aut. Verpflegung z. 1. August a e f u d t. Neo. Vmstr. Peters, Auguststr. 2, Borkll. nachm. 4-6.

**Haushälterin** gef. Alters, sehr mütlich, u. geschäftstüchtig, ana. Ersch., sucht pos. Stellung. Off. u. G U 9179 an das Tageblatt Meisa.

Suche zum 15. 8. 22 od. später mit meiner Frau Stelle **Oberschweizer.** Gute Zeugnisse stehen zu Diensten. Zuschriften unt. H U 9183 an das Tageblatt Meisa.

**Grute-Anechte** Ladungen, Grutenwände erhalten Stellung b. hob. Lohn durch **Arbeitsnachweis** Raschdt. f. Pandwirtsch., Klingenberg, Kommissarisch Meißner Str. 29, Tel. 138.

**Knecht** oder Wirtschaftsdienste zum 1. August a e f u d t. Su erf. im Tageblatt Meisa.

**Friehurgeschäft** sof. oder später zu kaufen oder zu pachten gesucht. Offerten unter F U 9181 an das Tageblatt Meisa.

Schöne Jun- u. Weinen- **Stühe** frischmelkend und mit Käse, stehen preiswert zum Verkauf. **Emil Thielmann** Inh.: Arthur Thielmann, Stolzenhain, Bahnstation Gröblich, S. Fernspr. 10.

**Eine Kuh** unter zweien die Wahl, u. verkaufen Babra Nr. 9.

**20 000 Stück Mauersteine** vom Abbruch Maschinenhaus Seidewitz, Tr.-Ueb.-Wag. Seithain zu verkaufen. Rab. bei Borarb. Wette.

Gebr. Badelwanne wenn auch defekt, zu kaufen gesucht. Off. unt. A U 9178 an das Tageblatt Meisa.

**Bereinsnachrichten**

**Rheinisch-Westfälische Landrente.** Versammlung den 23. abends 7,8 Uhr in „Stadt Dresden“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. **Verein für Gesundheitspflege e. V. Meisa.** Dienstag, 1. August 1922, abends 8 Uhr findet im „Parkschlößchen“ die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordn.: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Rechnungsprüfung der Jahresrechnung und Entlastung des Kassierers, 4. Erhöhung der Monatssteuer und des Eintrittsgeldes, 5. Familienausflug am 6. 8. 22, 6. Evtl. Verschiedenes. — Etwasige Anträge sind mindestens 3 Tage vorher schriftlich beim Vorstand Edmund Böhm, Hauptstraße, anzubringen. Dienstadt Meisa und Unga. Sonntag, 23. 7. 7. Außerdem im Wasserwerk. Abhol. unbed. nötig!

**Handwerker und Gewerbetreibende von Stadt und Land.** Anlässlich des Verbandstages der Schmiede- und Schlossermeister findet Sonntag, den 23. Juli, abends 7,8 Uhr im Hotel zum Stern ein

**Begrüßungsabend mit Festball** statt. Wir laden hiermit nochmals ein und bitten um zahlreiche Teilnahme. **Jünglings-Verein Meisa.**

**Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen Ortsgruppe Riesa.** Sonnabend, 22. 7., abends 7 Uhr im „Aronprinz“ **Versammlung.** Wichtiger Vortrag. Referent: Georg Reukhner. Erscheinen aller Pflicht. J. N.: Kuhnert, 1. Dorf.

**Volksbund der Deutsch-Oesterreicher.** Sonntag, 23. Juli, von nachmittags 2 Uhr ab im **Kindergarten Meisa.** **Kindertag, abends Ball.** Für Belustigung für jung und alt ist best. gesorgt. Hierzu werden die Mitglieder und deren Angehörige nochmals eingeladen. Der Festausschuss.

**Neue Kartoffeln** empfiehlt täglich frisch nur zentrerweife **S. Grubbe, Bismarckstr. 35a. Telefon Nr. 652.**

**Obstverpachtung!** Der diesjährige etwa auf 800 Zentner geschätzte Behang der Pflanzenallee Kreisstraße Cosdorf-Pachitz, Station Cosdorf der Bahnlinie Rödterau-Salkenberg, soll am **Freitag, den 28. Juli d. Js.** vormittags 11 Uhr im Büro des hiesigen Kreiswegbauamtes, Berliner Straße 11, öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Verpachtungsbedingungen liegen hier zur Einsichtnahme aus, können auch gegen Voreinsendung von 10.— M. bezogen werden. **Liebenwerda, den 3. Juli 1922. Der Kreisauausschuss.**

**Güter** u. Wirtschaften jed. Größe Gärten, Bäckereien, sowie andere Geschäfts- u. Geschäftshäuser werd. von zahlungs-fähigen Käufern gesucht durch **R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft Kraupa b. Eiferwerda, Fernspr. Eiferwerda 344**

**Einzelb. Hindervagen** 1 gebrauchter 2 spänn. Hinterlader mit Volkswagen, 1 geb. Perrenrad zu verkaufen. Su erf. im Tageblatt Meisa. **Schmiede, Oyda Nr. 10.**

**Kirchennachrichten.** 6. Trinitatissonntag 1922. Meisa. Trinitatissonntag: 9 Uhr (Matth. 22, 1-14, Bed.). Klosterkirche: 8 Uhr (Bed.). 2 Uhr Jugendgottesdienst (Bed.). Sonntagsscholar 87. Mittwoch Rindergottesdienst Vorbereitung. Weida. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst. Unterredung II. Gröblich. 8 Uhr Abendsmahlfeier (Tedeum), 9 Uhr Predigtgottesdienst (Berg). 11 Uhr Rindergottesdienst (Ber.). Pausitz. 8 Uhr Predigtgottesdienst i. d. Pfarrkirche. Rödterau. 8 Uhr Festgottesdienst. Seithain. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Gröblich. 10 Uhr Predigt. Schaiten. 8 Uhr Predigt.

**St. Barbara-Kapelle (Mathildenstraße 9).** Um 7,9 Uhr Gottesdienst in Kommissarisch, in Meisa nur hl. Messe um 11 Uhr. Westtags hl. Messe 7 Uhr.

Morgen Sonnabend punkt 7,8 Uhr abends im Hotel Höpfer  
**1. großes Bandonion-Konzert**  
 ausgeführt von der Gruppe III im Gau Dresden des Deutschen Konzertina- und Bandonion-Bundes  
**75 Mitwirkende**  
 Nach dem Konzert großer Ball.

Seit 40 Jahren wird in Riesa  
**Das gute Riebeck-Bier**  
 ausgeschänkt. Danernd hat sich der Absatz stark erhöht, denn die Zahl der Freunde dieses Bieres ist stark gewachsen. Die Vertretung hat die **Bergbrauerei Riesa A.-G.**, mit der wir freundschaftlich verbunden sind, übernommen. Sie liefert das in Leipzig gebraute Riebeck-Bier stets in frischester Füllung. Wir bitten, das uns jahrzehntelang geschenkte Vertrauen auch fernerhin zu bewahren und werden die altherbärmten Marken in Leipziger Originalfüllung weiter liefern.  
**Leipziger Bierbrauerei zu Reudnitz Riebeck & Co., A.-G.**

**Zu kauf. gesucht!** **Covercoatmantel** od. Regenmantel a. Privat Angeb. m. Br. u. C U 9178 an das Tageblatt Meisa.

**Die Verkaufsbude** auf dem Schwarzen Plage, geeignet für Obstpächter, auch für andere Zwecke, zu verkaufen. Bestätigung Sonntag, 10-11 Uhr vorm. **Otto Müss, Carolstraße 10, p.**

15-20 Pfund **gute Bettfedern** zu verkaufen. Su erfragen im Tageblatt Meisa.

**1 Salonschrank** 1 sehr gut erhaltene Volksgarnitur, 1 Perrenrad m. Freilauf zu verkaufen **Poppitzer Str. 27, 1.r.**

**1 Speisezimmer-einrichtung** (Eiche, best. aus 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Serviertisch, 1 Ausziehtisch, 10 Stühle), sowie

**Kücheneinrichtungen** Schränke, Vertikos, Chaiselongues, Volksgarnituren, Vertikalen mit und ohne Matratzen, Schreibstühle, 8 Schreibstühle, Gartenstühle sowie ein großer Kasten Reparationsstühle preiswert zu verkaufen. **Oskar Wette Meisa, Bruckgasse 4.**

**2 Zentner Heu** verkauft Kolonie 17.

**Gasthof Wülknitz.** Sonntag, den 23. Juli **feiner Walzerabend** vom Größten Salon-Orchester. Anfang 8 Uhr. Hierzu ladet freundlich ein **Friedrich Oert.**

**Gasthof Grödel.** Sonntag, den 23. Juli **öffentl. Ballmusik** — Anfang 5,1/2 Uhr. — **Freundlich ladet ein E. Garbe.**

**Vogelschiessen!** **Schießklub „Geselligkeit“ Zeithain** Sonntag, 23. Juli, nachmittags 2 Uhr auf der Festwiese am Reichshof Prämienschießen, vorzügliche Preise. Abends 7,7 Uhr großer Schützenball im „Reichshof“ für Mitglieder und geladene Vereine. **Musik: Kapellmstr. Dunke, Riesa. Der Festausschuss.**

**Parquetfußböden** für Fabrik- und Wohnräume direkt auf alte ausgetretene Dielen u. Massivböden zu verlegen. Billiger und haltbarer als Linoleum. Parquetfabrik **Gustav Goldsch jun., Auerbach i. S. Fernr. 84.**

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Helmgange unserer teuren Entschlafenen, der Frau **Marie Starke** geb. Böttcher sagen wir allen nur hierdurch unsern **herzlichsten Dank.** Weida, am Begräbnistage 1922. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Frauenhaar** kauft Bruno Schreiber, Feilerstr. 23.

**Haarhaare** kauft jedes Quantum (Schneid. 80-100 Stk.) **Firma Otto Striegler, Hauptstraße 56.**

**Gebrauchte Herren-Räder Damen-Räder** auch einzelne Rahmen kaufen **Stranz & Emil Müller** Fahrradhandlung Merzdorf, Fernspr. Meisa Nr. 608, Meisa, Rath. Wilhelm-Platz, Fernspr. 607.

**Schweineköpfe** gepöfelt, empfiehlt **Friedr. Koch.**

**Morgen frische Seezische.** **Clemens Bürger.**

**Gasthof Stötsitz.** Sonntag, 23. 7., ab 7,7 Uhr öffentl. **Ballmusik.** Org. ladet ein J. Roscher.

**Gasthof Pransitz** Sonntag, **Ballmusik.** 23. Juli.

**Gasthof Gröba.** Kurzes Gastspiel vom **Meißner Marionetten-Theater.** Direction: Familie Albert Wünsch. Heute Freitag, den 21. u. Sonnabend, den 22. abends 8 Uhr:

Die Entstehung des **Trompetarschlösschens** zu Dresden oder: **Kasper im Geisterwirtsch.** Volkstümliche voll dramatischem Humor. — Hierauf die sensationelle Neuheit! **das Marionetten-Varieté!** Die kleinste Künstler der Welt! Künstlerisch! Verblüffend! Originell! — Hochkomisch! Nächstes Inerat Sonntag, Sonntag, 23. und 8 Uhr Vorstellung.

**Pandwetter-Jung.** Alle Kollegen vom **Schlofferhandwerk** werden dringend gebeten, unter Leitung des Schlofferverbandes den 23. Juli nachm. 2 Uhr in der Eisberrasse zu erscheinen. Zum Begrüßungsabend 7,8 Uhr im Hotel Stern sind alle Mitglieder mit Familienangehörigen hierdurch freundlichst eingeladen. **W. Weinhold, Obermeister.**

Allen denen, die beim Tode und Begräbnis unseres teuren Entschlafenen **Kurt Naby**

Ihre Teilnahme bezeugten, besonders seinen Vorgesetzten und Arbeitskollegen für das freiwillige Tragen und die reiche Geldspende herzlichsten Dank. **Riesa, 20. Juli 1922. Ida verw. Naby nebst Kindern u. Verwandten.**

Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten. Hierzu Nr. 20 des „Erzähler“ an der Elbe.

**Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.**

Eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ist noch nicht zu spüren. Zwar hat in innerpolitischer Hinsicht eine gewisse Entspannung der Gegensätze, die zu einer Reichstagsauflösung zu führen drohten, stattgefunden. Aber selbst hier kann man eigentlich nur von einer Vertagung des ausgebrochenen Konfliktes durch ein ferienbedingtes Parlament sprechen. Als geklärt kann auch die innerpolitische Lage nicht angesehen werden. Schwere Wolkens sind aufs neue am außenpolitischen Horizont heraufgezogen. Die Politik der Erfüllung hat notgedrungen zu einer Erklärung des Richtersfüllens geführt. Die anfangs verbreiteten optimistischen Nachrichten über die entgegenkommendere Haltung, die Frankreich diesmal gegenüber dem deutschen Moratoriumsgesuch einzunehmen beabsichtigt, haben sich als verfrüht und unrichtig erwiesen. Das innerhalb der Reparationskommission englisch-französische Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gekommen sind, ist für uns durchaus nicht günstig, denn noch stets hat sich die Spekulation auf einen englisch-französischen Zwiespalt als verfehlt erwiesen, weil die Streitenden sich immer auf Deutschlands Kosten geeinigt haben. Auch in der Kohlenlieferungsfrage sind trotz aller Vorkehrungen und Noten nicht die geringsten Erfolge erzielt worden. Selbst der deutsche Vorschlag, an Stelle der unentbehrlichen deutschen Kohlen entsprechende Mengen englischer Kohle anzukaufen und zu liefern, ist scharf abgelehnt worden. Das beweist, daß es sich hier nicht um die Erfüllung wirtschaftlicher Bedürfnisse Frankreichs handelt, sondern einfach um die Absicht, die deutsche Industrie durch Entziehung ihrer lebenswichtigen Kohlenbasis zu schwächen und zu zerschlagen. Angesichts dieser Haltung der Entente und wenigstens Frankreichs wäre es durchaus unangebracht, in der Reparationsfrage sich irgendwelcher Hoffnungslosigkeit hinzugeben. Unter diesen Umständen ist es auch nicht verwunderlich, daß die Mark sich nicht erholen will. Nach vorübergehendem Kursrückgang ist der Dollar wieder bis auf 490 emporgestiegen, und es scheint, als ob er sich zunächst für einige Zeit in der Lage zwischen 470 und 500 verankern werde. Die Folgen für die Preisgestaltung der deutschen Lebensbedürfnisse spüren wir bereits und werden sie in den nächsten Wochen noch mehr zu spüren bekommen.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Forderung sind die Aussichten umso trüber, als durch den Regen und Sturm der letzten Tage selber auch die Ernteaussichten erheblich geschädigt worden sind. Gerade das Getreide hat unter den Witterungsbedingungen am meisten gelitten. Schon werden aus verschiedenen Gegenden Deutschlands Stimmen laut, die schon jetzt erklären, daß die vom Reichstage beschlossene Getreideumlage infolge der im Ausblick stehenden schlechten Ernte nicht werde durchgeführt werden können. In den von der Misere bedrohten Gegenden wird man rechtzeitig Erleichterungen gewähren müssen, um einer tiefgreifenden Beunruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung vorzubeugen. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung sich hier auf den von sozialdemokratischer Seite vertretenen Standpunkt stellen wird, daß in den von der Misere betroffenen Bundesstaaten die Landwirte eben Getreide aus dem Auslande anzukaufen müssen, um ihren Lieferungsverpflichtungen voll nachzukommen. Auf diese Weise würde man ja aus einem Uebel zur Sicherstellung der Volksernährung durch die Erträge der inländischen Getreideerzeugung eine Sondersteuer für die Landwirte machen. Bei der heutigen Valuta würde eine so rigorose Lieferungsverpflichtung, die den Minderertrag der Ernte durch Auslandskäufe zu ersetzen nötigt, eine schwere und einseitige Belastung der durch die schlechten Ernterträge ohnedies geschädigten Landwirte bedeuten. Im Endergebnis würde das zum ruin zahlreicher mittlerer und kleiner Landwirte führen. Es kann nicht in der Absicht des Verfassers, der lediglich die Volksernährung durch Bereitstellung eines Teiles der Inlandsproduktion sichern wollte, gelegen haben, auf diese Weise die von der Misere Betroffenen noch besonders zu bestrafen, also, im wahren Sinne des Wortes, um mit dem Dichter zu sprechen, Vernunft zum Unfinn, Wohltat zur Plage werden zu lassen.

**Der Kampf um die „Steuerinquisition“.**

Seit Jahren entrichten sich die Franzosen im Parlament, in der Presse, in den Notizen der Reparationskommission über die angebliche Lage deutsche Steuererhebung und empfehlen allerlei Rezepte zur Befundung der deutschen Finanzen. Wie aber wird Frankreich selbst mit diesem Problem fertig? Gleich fast sämtlichen europäischen Staatskassen leidet auch die französische an einer lebensgefährlichen Unterernährung. Darum hat der französische Finanzminister in dem zur Beratung stehenden Finanzgesetzentwurf Maßnahmen gegen die Steuerhinterziehung vorgeschlagen, eine „Steuerinquisition“, wie man sie höhnisch nennt, die ausgerechnet — den durch die deutsche Steuererhebung längst getroffenen Vorkehrungen nachgebildet sind: Verpflichtung der Banken, der Steuerbehörde die Kundenkonten offenzulegen, Depotzwang für Wertpapiere und ein bei den Steuerbehörden zu führendes Verzeichnis der öffentlichen Cafés.

Diese „Attentate“ des Finanzministers haben die französischen Steuerzahler in Farnisch gebracht. Der Vorsitzende des Republikanischen Ausschusses für Handel, Industrie und Landwirtschaft hat kürzlich bei einem Festmahle, an dem auch der Ministerpräsident teilnahm, mit aller Deutlichkeit erklärt, die Vorschläge des Finanzministers seien unannehmbar und mit der französischen Mentalität unvereinbar. Sie würden die Kapitalflucht verstärken und so die Produktion des Landes schädigen. Die Steuererhebung sei nicht zu verstärken, sondern milder zu handhaben.

Und doch ist nirgends eine Neuordnung der Steuererhebung und Steuerverwaltung so nötig, wie in Frankreich. Man höre: Von rund 39 Millionen Einwohnern Frankreichs zahlen nach amtlichen Statistiken kaum 600 000 Personen Einkommensteuer, von 4 Millionen Landwirten nur 200 000 landwirtschaftliche Grundsteuer. Die Steuerverwaltung wurde schon vor dem Kriege scharf angegriffen, und die Unzulänglichkeit der Steuerbehörden wird auch jetzt vernichtend beurteilt. Der frühere Minister, Henri Voranger, Vorsitzender der Finanzkommission des Senates, begründet die schlechte Finanzlage mit durch die „chronische Minderwertigkeit des Finanzministeriums“, dessen Beamte fastlich ungenügend ausgebildet seien. Eine führende Wirtschaftszeitung schätzt den durch „Belastung“, zu deutsch Steuerhinterziehung, entstehenden Anfall der Staatskasse auf mindestens 5 Milliarden Franken; nach ihr ist das System, die ganze Steuerlast von einer überbesteuerten Minderheit tragen zu lassen, nicht mehr haltbar. Entweder müsse man die Politik den vorhandenen Finanzen anpassen und auf den Übergang, die größte Armut in Europa zu bringen, verzichten oder aber die Finanzen der Politik anpassen, und die Steuerlast auf eine breitere Fläche verteilen.

Schon diese Angaben zeigen, daß man in Frankreich nicht berechtigt ist, sich über die deutsche Finanzverwaltung aufzuregen. Während Deutschland unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen eine über die Einkommens- und Vermögenswerte weit hinausgehende Steuerbelastung durchläuft,

**Ein Bescheid der Reparationskommission.**

Die deutschen Reparationslieferungen.

Wid. Paris, 20. Juli.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Note: In Ausführung des Mandats, das ihm von der Reparationskommission und auf Grundlage der zwischen ihr und der deutschen Regierung vom 21. März, 9. Mai, 29. Mai und 31. Mai abgeschlossenen Schreiben übertragen wurde, hat der Garantenausschuss am 17. Juni sich nach Berlin begeben, um in Verbindung mit den zuständigen deutschen Behörden die Organisation der über die Einnahmen, Ausgaben und die schwebenden Schulden ausübende Kontrolle zu prüfen, anherdem Vorkehrungen gegen die Kapitalflucht zu treffen, sowie die Fragen hinsichtlich der Veröffentlichung der Statistiken zu erörtern. Diese verschiedenen Fragen sind vom Garantenausschuss und den Sonderkommissionen, die der Ausschuss zu diesem Zwecke gebildet hatte, bearbeitet und die Ergebnisse der Verhandlungen in einer Reihe von Dokumenten niedergelegt worden, die der Garantenausschuss in einer Sitzung des Finanzministeriums am 18. Juli der deutschen Regierung übergeben hat. Der Finanzminister hat im Namen der deutschen Regierung erklärt, daß er mit den in diesen Dokumenten enthaltenen Bestimmungen einverstanden sei, die in aller Form absehbare schriftliche Antwort wird dem Garantenausschuss unverzüglich zugehen. Dieser ist nach Paris zurückgekehrt, um der Reparationskommission seinen Bericht zu überreichen.

Die der „Temps“ mitgeteilte, wird der Bericht des Garantenausschusses wahrscheinlich vor nächstem Mittwoch nicht fertig sein. Jedoch glaubt das „Journal des Debats“, daß schon heute im Laufe des Abends ein mündlicher Bericht leitender Mitglieder des Garantenausschusses vor der Reparationskommission erstattet wird.

**Zu den Forderungen der Garantienkommission.**

Ueber die Forderungen der Garantienkommission und über die Verhandlungen des Garantienkomitees und ihre Ergebnisse erzählt die T. N. von zuverlässiger Seite folgendes: Das Garantienkomitee verlangt, daß dem Reichsfinanzministerium zwei Delegierte des Komitees für die Dauer beigegeben werden, von denen einer die Kontrolle für die Einnahmen und der andere die Kontrolle für die Ausgaben des Reiches durchzuführen soll. Diesen Delegierten drang, dem Garantienkomitee selbst müssen alle Haushaltspläne des Reiches zu der gleichen Zeit zugehen, wie sie dem Reichsrat gedruckt gehen, desgleichen von allen Nachtragsrats. Auch verlangt das Garantienkomitee regelmäßige länderlose Berichterstattung über alle Staatsüberbrichtungen. In den langen Verhandlungen einigte man sich mit dem Garantienkomitee dahin, daß zunächst allmonatlich Aufstellungen über die vorgenannten Gegenstände vorgelegt werden sollen. Das Garantienkomitee verlangt ferner rechtzeitig Unterrichtung über alle neuen Steuerprojekte und Pläne sowie über alle finanziellen Vorlagen. Von französischer Seite wird außerdem die schärfste Kontrolle über die tatsächlichen Steuererhebungen auch bei den einzelnen Finanzämtern gefordert unter dem Vorbehalt, die Steuererhebung werde lässig gehandhabt und damit die Sanierung des deutschen Finanzwesens sabotiert. Das Garantienkomitee fordert im Zusammenhang mit diesen französischen Forderungen die Einrichtung ständiger französischer Kontrollorgane des Garantienkomitees bei allen Finanz- und Landesfinanzämtern. Nach langen Verhandlungen einigte man sich dahin, daß eine Art von beweglichem Kontrollbüro geschaffen werden soll, der zusammen mit deutschen Kontrollbeamten im Lande herumfährt, um eine Stichprobenkontrolle durchzuführen und über dessen Tätigkeit das Garantienkomitee dauernd auf dem Laufenden gehalten wird. Noch ungeklärt sind die Fragen des gesamten deutschen Exporthandels. Schon am 31. 1. 22 wurde in Verhandlungen zwischen dem Garantienkomitee und der deutschen Kriegskostenkommission dem Garantienkomitee das Recht zugestanden, den Geschäftsbetrieb der deutschen Außenhandelsstellen nachzuprüfen. Inwiefern diese Prüfung des Außenhandels vom Garantienkomitee mit der Forderung zur Verbindung der Kapitalflucht verknüpft wird und solche Vereinbarungen mit der deutschen Regierung über diese wichtige Frage getroffen worden sind, ist noch nicht bekannt.

**Ein englischer Bankdirektor bei den Verhandlungen.**

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, hatte die Morganbank Miter Schütte, einen ihrer Direktoren, zu den Verhandlungen des Garantienkomitees nach Berlin entsandt. Direktor Schütte hatte die Aufgabe, Morgan über die Verhandlungen der Reparationskommission mit der deutschen Regierung zu unterrichten und die Stellungnahme Morgans zu den wesentlichen Verhandlungspunkten mitzu-

teilen. Direktor Schütte, der auch mit der deutschen Großbank Morgan und der Großindustrie Verbindung nahm, wollte Berlin gern wieder verlassen. Schritte Poincarés. Ministerpräsident Poincarés hat gestern nachmittag den Präsidenten des Garantenausschusses Rauclere und den Finanzminister de Lastourie empfangen. Wie die Agence Havas mitteilt, hat Poincarés an den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, Dubois, eine Denkschrift gerichtet, die er mit dem Finanzminister de Lastourie vorbereitet und in der er die Verantwortung Deutschlands für seine gegenwärtige Finanzlage beweisen will. Er fordert den französischen Vertreter auf, die Kommission zu erlauben, daß sie die vorläufigen Verhandlungen Deutschlands feststelle, neue Pläne beantrage und einen Zahlungsausschuss für die Barzahlungen, aber nicht für eine längere Dauer als wie für fünf bis sechs Wochen gewähre. Wie die Havas-Agentur meldet, wird von der Reparationskommission die Nachricht der „Gleaner Tribune“, Deutschland sei mit Zustimmung Frankreichs verabschiedet ein Moratorium von drei bis sechs Monaten für seine Barzahlungen bewilligt worden, für unrichtig erklärt.

**Erörterungen in London.**

Gestern fand unter dem Vorsitz Lord Georges eine Kabinetsitzung statt. „Wall Mail“ zufolge wurde darin die Reparationsfrage erörtert. Das Blatt schreibt: Die Aussichten auf eine Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland bessern sich täglich. Ungeachtet der gegenteiligen Äußerungen der französischen Presse erkenne Frankreich an, daß Deutschland entweder ein Moratorium oder eine Anleihe erhalten müsse.

**Die Ausführung von Reparationslieferungen.**

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Ausführung von Reparationslieferungen im freien Verkehr an Frankreich, sowie die Vereinbarungen über den gleichen Gegenstand vom 2. Juni und 3. Juni 1922. In der Bekanntmachung heißt es, daß das in den Verträgen vereinbarte Lieferungsverfahren am 29. Juli 1922 in Wirkung tritt. Nach diesem Verfahren können nur durch französische Kriegsgeschädigte Gegenstände bezogen werden und zwar nur solche Gegenstände, die ausschließlich zur Verwendung für den Wiederaufbau von Immobilien und Mobilen in allen zerstörten Teilen des französischen Staatsgebietes in Europa bestimmt sind. Die Verträge unterliegen den landesüblichen Grundbüssen, sowie den jeweils geltenden Fakturierungs- und Devisenvorschriften. Es besteht keinerlei Zwang zum Abschluß derartiger Verträge. Die Verträge müssen Lieferungen im Werte von mindestens 1500 Goldmark zum Gegenstande haben, wobei die Goldmark nach dem Tageskurs des Dollars zu rechnen ist. Ausgeschlossen sind Verträge über Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiete verarbeitet worden sind, über Nahrungsmittel, die aus eingeführten Rohstoffen hergestellt sind, über Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber und über Lieferungen gewisser, in einer Anlage zur Vereinbarung vom 2. Juni 1922 verzeichneten Gegenstände. Auskünfte über das bei dieser Art von Verträgen zu beobachtende Verfahren erteilen die Bundesauftragstellen, die Handels- und Handelskammer, der Reichsverband der deutschen Industrie in Berlin, der Reichsverband des deutschen Handwerks in Hannover, der deutsche Genossenschaftsverband in Charlottenburg, der Zentralverband des deutschen Großhandels in Berlin, der deutsche Industrie- und Handelsrat und der Reichskommissar zur Ausführung von Aufträgen in den zerstörten Gebieten. Die Aufträge müssen nach Möglichkeit an die aufgeführten Berufsvertretungen gerichtet werden, um eine Ueberlastung des Reichskommissariats zu vermeiden.

**Keine vorzeitige Kritik.**

Die „Liberale“ erklärt, daß die neue Entwicklung in der Frage der deutschen Sachlieferungen, man müsse sich vor jeder vorzeitigen Kritik hüten und die Tatsachen abwarten, um ein Urteil zu fällen. Man könne aber sagen, daß die Regierung dadurch, daß sie mit Wirkung vom 20. Juli ab die Abmachungen über die Sachlieferungen in Kraft setzte, nur ein Datum festsetze und eine Seite vollzogen habe. Es werde mehrere Monate der Klärung bedürfen, bevor der neue Mechanismus völlig funktioniert. Schon jetzt könne man aber annehmen, daß für 1923 die Wirkung illusorisch sein werde, dagegen werde man vielleicht im nächsten Jahre die Früchte des Abkommens ernten.

teilen. Direktor Schütte, der auch mit der deutschen Großbank Morgan und der Großindustrie Verbindung nahm, wollte Berlin gern wieder verlassen. Schritte Poincarés. Ministerpräsident Poincarés hat gestern nachmittag den Präsidenten des Garantenausschusses Rauclere und den Finanzminister de Lastourie empfangen. Wie die Agence Havas mitteilt, hat Poincarés an den französischen Delegierten bei der Reparationskommission, Dubois, eine Denkschrift gerichtet, die er mit dem Finanzminister de Lastourie vorbereitet und in der er die Verantwortung Deutschlands für seine gegenwärtige Finanzlage beweisen will. Er fordert den französischen Vertreter auf, die Kommission zu erlauben, daß sie die vorläufigen Verhandlungen Deutschlands feststelle, neue Pläne beantrage und einen Zahlungsausschuss für die Barzahlungen, aber nicht für eine längere Dauer als wie für fünf bis sechs Wochen gewähre. Wie die Havas-Agentur meldet, wird von der Reparationskommission die Nachricht der „Gleaner Tribune“, Deutschland sei mit Zustimmung Frankreichs verabschiedet ein Moratorium von drei bis sechs Monaten für seine Barzahlungen bewilligt worden, für unrichtig erklärt.

**Erörterungen in London.**

Gestern fand unter dem Vorsitz Lord Georges eine Kabinetsitzung statt. „Wall Mail“ zufolge wurde darin die Reparationsfrage erörtert. Das Blatt schreibt: Die Aussichten auf eine Verständigung zwischen den Alliierten und Deutschland bessern sich täglich. Ungeachtet der gegenteiligen Äußerungen der französischen Presse erkenne Frankreich an, daß Deutschland entweder ein Moratorium oder eine Anleihe erhalten müsse.

**Die Ausführung von Reparationslieferungen.**

Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Ausführung von Reparationslieferungen im freien Verkehr an Frankreich, sowie die Vereinbarungen über den gleichen Gegenstand vom 2. Juni und 3. Juni 1922. In der Bekanntmachung heißt es, daß das in den Verträgen vereinbarte Lieferungsverfahren am 29. Juli 1922 in Wirkung tritt. Nach diesem Verfahren können nur durch französische Kriegsgeschädigte Gegenstände bezogen werden und zwar nur solche Gegenstände, die ausschließlich zur Verwendung für den Wiederaufbau von Immobilien und Mobilen in allen zerstörten Teilen des französischen Staatsgebietes in Europa bestimmt sind. Die Verträge unterliegen den landesüblichen Grundbüssen, sowie den jeweils geltenden Fakturierungs- und Devisenvorschriften. Es besteht keinerlei Zwang zum Abschluß derartiger Verträge. Die Verträge müssen Lieferungen im Werte von mindestens 1500 Goldmark zum Gegenstande haben, wobei die Goldmark nach dem Tageskurs des Dollars zu rechnen ist. Ausgeschlossen sind Verträge über Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiete verarbeitet worden sind, über Nahrungsmittel, die aus eingeführten Rohstoffen hergestellt sind, über Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber und über Lieferungen gewisser, in einer Anlage zur Vereinbarung vom 2. Juni 1922 verzeichneten Gegenstände. Auskünfte über das bei dieser Art von Verträgen zu beobachtende Verfahren erteilen die Bundesauftragstellen, die Handels- und Handelskammer, der Reichsverband der deutschen Industrie in Berlin, der Reichsverband des deutschen Handwerks in Hannover, der deutsche Genossenschaftsverband in Charlottenburg, der Zentralverband des deutschen Großhandels in Berlin, der deutsche Industrie- und Handelsrat und der Reichskommissar zur Ausführung von Aufträgen in den zerstörten Gebieten. Die Aufträge müssen nach Möglichkeit an die aufgeführten Berufsvertretungen gerichtet werden, um eine Ueberlastung des Reichskommissariats zu vermeiden.

**Keine vorzeitige Kritik.**

Die „Liberale“ erklärt, daß die neue Entwicklung in der Frage der deutschen Sachlieferungen, man müsse sich vor jeder vorzeitigen Kritik hüten und die Tatsachen abwarten, um ein Urteil zu fällen. Man könne aber sagen, daß die Regierung dadurch, daß sie mit Wirkung vom 20. Juli ab die Abmachungen über die Sachlieferungen in Kraft setzte, nur ein Datum festsetze und eine Seite vollzogen habe. Es werde mehrere Monate der Klärung bedürfen, bevor der neue Mechanismus völlig funktioniert. Schon jetzt könne man aber annehmen, daß für 1923 die Wirkung illusorisch sein werde, dagegen werde man vielleicht im nächsten Jahre die Früchte des Abkommens ernten.

**Die Verhandlungen zur Arbeitsgemeinschaft.**

Vertreter der Reichstagsfraktionen der Deutsch-Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums traten gestern wieder in Berlin zusammen, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte geschaffen werden solle, daß sie jedoch weder die Selbstständigkeit der einzelnen Fraktionen noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft soll dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und innen festzulegen und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

**Abbruch deutsch-belgischer Verhandlungen.**

Die Verhandlungen über das deutsch-belgische Markabkommen sind vor einiger Zeit wieder aufgenommen worden, und waren soweit gediehen, daß der Abschluß des Abkommens unmittelbar bevorstand. Es handelte sich lediglich noch darum, über die folgenden zwei Punkte Uebereinstimmung zu erzielen, deren Annahme erst neuerdings belgischerseits beantragt worden war. Die belgische Regierung verlangte nämlich, daß das in Belgien vorhandene noch nicht liquidierte Barvermögen deutscher Reichsangehöriger, dazu gehören Bankguthaben und Sparkassenguthaben, nicht unter die Freigabe fallen sollen. Ferner soll bei der teilweisen Liquidation eines Vermögenskomplexes das noch vorhandene und freizugebende unbewegliche Eigentum mit Schulden belastet werden, die von dem Sequeter aus diesem Eigentum längst bezahlt waren. Die Annahme des ersten Antrages der belgischen Regierung würde bedeuten, daß die ganzen Ersparnisse der wirtschaftlich schwächeren Auslandsdeutschen, also die gesamten kleinen Vermögen verloren wären. Die Durchführung des zweiten belgischen Antrages müßte zur Folge haben, daß das unbewegliche Eigentum der Auslandsdeutschen in Belaten auf einen

**Besprechungen über das Schutzgesetz.**

Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. Juli eine Besprechung über die Maßnahmen statt, die zum Schutze und zur inneren Festigung der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen sind. Richtlinien, die vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagen wurden, fanden mit geringfügigen Änderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie beziehen sich einerseits auf Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts, Umgestaltung der Lehrbücher und Lehrpläne, Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulstufen, andererseits auf Maßnahmen der Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung der Richtlinien wird in nächster Zeit erfolgen.

**Der Reichsrat**

hinmte den vom Reichstag beschlossenen Steuerentwürfen und den mit dem Schutze der Republik zusammenhängenden Besetzen. Im Namen Thüringens war gegen die beschlossenen Steuererleichterungen Einspruch erhoben worden, weil damit für Thüringen ein Ausfall von mindestens 300 Millionen Mark für den Staat und 300 Millionen Mark für die Gemeinden verbunden sei.

geeigneten Wert zusammenschmilzt. Die deutsche Regierung konnte, da es sich besonders im ersten Falle um Barausgaben handelt, und da ferner die zu übernehmenden Lasten in keinem Verhältnis mehr zu der belagerten Gegenleistung standen, diese Bedingungen nicht ohne weiteres annehmen und strebte eine Milderung der belagerten Anträge an. Gleichwohl wurde, um das deutsche Eigentum in Belgien vor der Liquidation zu bewahren, eine ganze Reihe belagierter Anträge von der deutschen Regierung angenommen. Die belagerte Regierung glaubt jedoch trotz des Entgegenkommens der deutschen Regierung, auf deren Vorschläge nicht eingehen zu können und brach wegen Nichtannahme der beiden oben erwähnten Punkte die Verhandlungen ab.

### Eröffnung des Saar-Landesrates.

In der ersten Sitzung des Landesrates am 19. Juli in Saarbrücken brachte der von der Regierungskommission ernannte Präsident Oberregierungsrat Kohnmann eine Botschaft der Regierungskommission zur Verlesung, in der insbesondere die Rechte des Landesrates, die ihm nach dem Versailler Vertrag zufließen, klarsteht und die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der Landesrat sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen werde. Als der Vorsitzende zu diesen Erklärungen sich selbst das Wort erteilte, kam es zu einer außerordentlich lebhaften Geschäftsordnungsdebatte. Redner aller Parteien griffen die Regierung mit den heftigsten Worten an und warnten ihr vor, daß sie nicht gewillt sei, aus ihren Versprechungen einer engen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung mehr als bloße Worte zu machen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte er mit, daß die Kommission sich nicht veranlaßt sehe, von ihrem Standpunkte abzugeben, daß sie aber in dieser ersten Sitzung, um den Abgeordneten entgegenzukommen, eine Verteilung der Erklärung gestatten wolle, doch dürfe sich daran keine Debatte anschließen. Die Vertreter der Fraktionen verlasen darauf Erklärungen, die fast sämtlich einen Rückblick über die bisherige Politik der Regierungskommission gaben und die bekannten Forderungen der einzelnen Fraktionen nochmals präsentierten und ihre Programme darlegten. Darauf wurde mit einer kurzen Ansprache des Präsidenten Kohnmann die Sitzung auf nächste Woche vertagt.

### Regierungskrise in Italien.

Das Kabinett Facta-Schanzer hat es in den Tagen der Jenuakonferenz verstanden, sich mit dem Ausdehnen welt-politischer Bedeutung und außenpolitischer Erfolge zu umgeben, die sich unter dem Druck der tatsächlichen Verhältnisse bald ins Nichts verflüchteten. Der enalische Kurs ist infolge des Ausbleibens an positiven Ergebnissen für die gesamte Weltlage und auch für Italien den Italienern eine Enttäuschung geworden. Dazu kam der innerpolitische Druck, der sich aus dem sanftmütigen Kampf zwischen Faschisten und Nationalisten gegen die vermittelnde Regierung ergab. Die Ueberfälle der Faschisten auf die sozialistischen Gewerkschaftsbüroen führten zu erregten Zusammenstößen in der Kammer, in deren Verlauf der Faschistenführer Mussolini den offenen Bürgerkrieg verkündete, falls die Regierung Maßnahmen gegen den Faschismus ergreifen sollte. Der Redner der Rechten warnte ebenfalls vor einem gewalttätigen Niederkämpfen der Nationalistenbewegung, während auf der anderen Seite der Sozialistenführer Turati die dann bestehende Tatsache des offenen Bürgerkrieges feststellte. Zur Erörterung der Regierungslage trug ebenfalls die trostlose Lage der italienischen Finanzen bei, über die zur Ueberbrückung des Defizits vor wenigen Tagen der Schatzminister berichtet hatte. Die Vertrauensabstimmung ergab in der Mittelpartei eine Spaltung, während die Faschisten geschlossen gegen das Kabinett stimmten. Eine Zweidrittel-Mehrheit gegen eine Regierung ist, zumal in solcher Wichtigkeit, selbst in den leicht erregten romanischen Parlamenten eine Seltenheit. Unter den augenblicklichen Verhältnissen erscheint es mehr als fraglich, ob die vollkommen zerfallene Kammer die Kraft zu einheitlicher Kräftezusammenfassung aufbringen wird, die für eine gezielte Neubildung der Regierung nötig ist. Auch mit Persönlichkeiten, die unter den augenblicklichen Krisenverhältnissen die starke und ruhige Hand haben, fehlt es in Italien.

### Schluss der Haager Konferenz.

Die Haager Konferenz wurde gestern nachmittags gegen 5 Uhr geschlossen. In der Schlussung wurden die Berichte der Unterkommissionen und der allgemeine Bericht genehmigt. Ferner wurde auf Vorschlag von Cassier-Belgien eine Entschließung einstimmig angenommen, nach der die Konferenz den auf der Konferenz vertretenen Regierungen empfiehlt, ihren Staatsangehörigen bei dem Versuche nicht behilflich zu sein, Eigentum in Rußland zu erwerben, das anderen fremden Staatsangehörigen gehört hat und nach dem November 1917 ohne Zustimmung der früheren Eigentümer oder Konzessionäre beschlagnahmt worden ist. Vorausgesetzt wird, daß die gleiche Empfehlung von den auf der Haager Konferenz vertretenen Regierungen an die dort nicht vertretenen Regierungen gerichtet werde. Cassier fügte hinzu, der amerikanische Geschäftsträger im Haag sei zu der Erklärung ermächtigt worden, daß seine Regierung dieser Entschließung zustimmen beabsichtige, und daß Amerika nicht geneigt sei, die von ihm bisher eingenommene Haltung zu ändern.

In der Vollversammlung der Haager Konferenz sagte Titow, es sei unrichtig, daß Lenin verhaftet worden und die Abdelegation nach dem Haag gekommen sei, um für die Zurechnung Rußlands Verantwortung zu streben. Die Haager Konferenz habe keine Ergebnisse aufzuweisen. Er halte es nicht mehr für notwendig, nach dem unerwarteten Auseinandergehen der Konferenz seine Anträge der russischen Regierung zu übermitteln, da hier ja niemand mehr sei, um die Antwort in Empfang zu nehmen; es bestehe keine nicht-russische Kommission mehr. Seine Regierung könne deshalb in voller Freiheit ihre Haltung bestimmen bezüglich der Gegenstände, die in seinem Antrage enthalten seien. Die Tatsache, daß die Haager Konferenz kein Ergebnis erzielt habe, sei genügend, um nicht mehr an die Möglichkeit zu glauben, daß ein allgemeines Abkommen durch die Konferenz erreichbar sei. Es bleibe jetzt nur die Möglichkeit von Sonderabkommen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Schiffsabfertigung auf der Oder. Nach dem Schiedspruch des amerikanischen Schiedsrichters bezüglich der Schiffsabfertigung auf der Oder hat Deutschland abzutreten: An die Reichspolizei 35 700 Tonnen Kohlenraum mit 5885 Pferdekräften Schleppkraft sowie einen Viegeplatz in Oppeln, und an Polen 40 000 Tonnen Kohlenraum mit 4800 P.S. Schleppkraft sowie einen Viegeplatz in Kattowitz.

Verweilende Verhältnisse. In der Berliner Stadterordnetenversammlung erklärte der Kammerer Harding bei Beratung eines Antrages, bei Lohnerhöhungen 100 Prozent der künftigen Zahlungen sofort zur Auszahlung gelangen zu lassen, die Verhältnisse für Berlin und alle anderen preussischen Städte seien infolge der katastrophalen Geldentwertung geradezu verzweifelt. Den Ministerien im Reich und im Staat habe erklärt werden müssen, daß wenn in nächster Zeit Durchreisende für die Städte nicht mehr zu erhalten, wie sie über den Zeitpunkt der

Zahlungen am 1. Oktober hinwegkommen sollen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein Antrag aller Fraktionen angenommen, den Magistrat zu ermächtigen, die durch Schiedspruch bewilligten Lohnerhöhungen während der Ferien in Uebereinstimmung mit dem Haushaltsaus-schuss sofort in möglichst voller Höhe auszuschießen. Der Haushaltsauschuss ist beauftragt, die zur Deckung dieser Mehrausgaben nötigen Beschlüsse zu fassen.

Friedensabhandlungen in Berlin. Die Gewerkschaftskommission vertrat, das Christliche Großberlin des Reichsbundes in Gemeinschaft mit den Bezirksorganisationen der SPD. und USPD, veranstalten laut „Vorwärts“ am Sonntag eine Friedenskundgebung, in der eine Anzahl englischer Arbeitervertreter und Parlamentarier sprechen werden.

Die Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei. In einer Veröffentlichung im „Deutschen Abendblatt“ über die Abhaltung von der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet die Deutschnationale Parteileitung folgende Erklärung: 1. Die Partei und ihre Politik bleibt nach wie vor positiv völkisch eingestellt; 2. bei dem Ausbleiben des Abgeordneten Herrmann aus der Fraktion handelte es sich ganz und gar nicht um seine Stellung in der völkischen Bewegung, sondern allein um seine persönliche politische Einstellung; 3. die Erklärung der Herren von Graefe und Bulke ändert daran nicht das mindeste und auch nicht an der völkischen Einstellung der Partei und ihrer Politik. Der Kurs bleibt der alte.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten, Ministerialdirektor von Stockmann, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Dlugoski, wurde in Warschau vorgestern das Programm für die deutsch-polnischen Verhandlungen auf Grund der beiderseits aufgestellten Risen vereinbart. Es umfaßt in weitem Umfange politische, finanzielle und wirtschaftliche Fragen. Zunächst wurde schon jetzt vereinbart, daß Polen den Transit nach Rußland für Deutschland freisetzt und daß Deutschland hinsichtlich der Warenzufuhr Polen ebenso wie andere valutaschwache Länder behandelt. Die in der Kommission zu erledigenden Verhandlungen werden voraussichtlich am Montag beginnen.

Landarbeiterstreik. Laut „Magdeburgerischer Zeitung“ brach in den Kreisen Stendal, Thierburg, Gardelegen und Wolmirstedt ein Landarbeiterstreik wegen Lohnrückstellungen aus.

Von den Mörderinnen Mathens. Wie die Blätter aus Raumburg melden, haben die eingehenden völkischen Ermittlungen auf der Burggrüne Saale und die städtische Untersuchung der Leichen der Mörderinnen Mathens jeden Zweifel darüber beseitigt, daß Kern, als er am Turmfenster stand, durch einen Schuß eines Polizeibeamten getötet worden ist. Die Ermittlungen haben ferner ergeben, daß sowohl Fischer als auch Kern über der auf der Flucht beschafften Alibidung Anzüge des Bewohners der Burggrüne, Dr. Stein, trugen, die sie in dessen Abwesenheit aus den Schränken genommen hatten, ein Beweis dafür, daß sie sich bereits auf die Fortsetzung ihrer Flucht vorbereitet hatten. Dr. Stein ist nach eingehender Vernehmung in Raumburg auf Entschuldig des Berliner Polizeipräsidenten nach Berlin übergeführt worden. Seine Frau, die mit ihrem Gatten verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da ein Verdacht gegen sie nicht besteht. Die Nachforschungen nach der Herkunft der Schrotverletzungen Kerns sollen ergeben haben, daß im Kreise Pichow auf die Mörder wahrscheinlich beim Diebstahl von Feldfrüchten geschossen worden ist.

Der Gegensatz zwischen Bayern und Preußen. Bei dem am Mittwoch bis in die späten Abendstunden dauernden Ministerrat in Bayern ging die Stimmung nicht nur bei dem Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld, sondern allgemein dahin, daß ein Bruch mit der Reichsregierung vermieden und ein Ausweg gefunden werden müsse. Diesen glaubt man in gewissen Vorschlägen bezüglich der Art des Vollzugs des Gesetzes zum Schutze der Republik zu finden.

Unzutreffende Nachricht. Das Reichswehrministerium teilt mit: Der „Vorwärts“ vom 20. Juli morgens bringt unter „Vaperische Reflexion“ eine Meldung, monoch Posten der republikanischen Reichswehr die Landbesitz des Herrn von Rahr und des Kronprinzen Rupprecht bei Verdachtsgebühren bewachen sollen. Die Nachricht des Blattes ist unzutreffend.

Haushaltsrechnung. Am Mittwoch wurde bei dem politischen Schriftsteller Dr. Eduard Stadler in Berlin eine Haus-suchung vorgenommen, da Dr. Stadler im Verdacht steht, mit Geheimorganisationen in Verbindung gestanden zu haben. Einige an Dr. Stadler gerichtete Briefe und von ihm angefertigte Briefentwürfe wurden beschlagnahmt. — Auf Grund von Anzeigen, daß die Ortsgruppe Münster des verbotenen Bundes der Aufrechten weiterbesteht, finden dort Durchsuchungen statt, bei denen verdächtige Material beschlagnahmt worden sein soll. Der Schriftführer der Ortsgruppe, der festgenommen worden war, ist nach seiner Vernehmung durch das Gericht wieder freigelassen worden.

Wiedereröffnen. Der Schießsitz Tagespost, die für vier Wochen verboten war, ist auf Verlangen des Innenministers das Erscheinen wieder gestattet worden. Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in Braunschweig. Wie aus Braunschweig berichtet wird, verlas der Präsident in der Sitzung des Landtages ein Schreiben, worin die Fraktionen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen ihren Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft bekanntgeben.

Der Dollarkurs. In der gestrigen Vormittagsbörse notierte der Dollar bei sehr fester Tendenz 527 bis 529.

#### Republik Oesterreich.

Ein Vertrag mit Deutschland. Der Nationalrat genehmigte den Staatsvertrag zwischen der Republik Oesterreich und dem Deutschen Reich zur Ausgleichung der in- und ausländischen Bekämpfung.

#### Rußland.

Tosse als Bevollmächtigter in China. Die russische Handelsdelegation in London teilt mit, Tosse sei zum bevollmächtigten Vertreter Sowjetrußlands in China ernannt worden.

#### Türkei.

Die Friedensverhandlungen mit den Griechen. Nach einer Neuentmeldung verlautet in Konstantinopel, daß die Regierung von Ankara nicht geneigt sei, Beicos als Ort für die griechisch-türkischen Friedensverhandlungen anzunehmen, da die Stadt von den Griechen besetzt sei. Ankara schlägt daher Ismid vor, da dies die einzige Stadt sei, wo Mukataf Kemal Pascha in der Lage sein würde, mit Ankara in Verbindung zu bleiben. Die hohe Worte ist sowohl gegen Beicos als auch gegen Ismid. Man glaubt, daß beide Parteien einverstanden sein werden, wenn die Zusammenkunft an Bord eines französischen Kriegsschiffes im Hafen von Ismid stattfindet.

#### England.

Die Schulden an Amerika. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Schatzkanzler, der Betrag der von Amerika getauften Zinsen habe am 31. März 1922 598 353 Dollar betragen. Auf die Anfrage, warum keine Zahlungen erfolgt seien, sagte Dorne, diese Frage beantworte er sehr gern. Das Geld, das wir den Vereinigten Staaten schulden, haben wir im Laufe des Krieges geborgt, um unseren Alliierten zu helfen. Ich glaube sagen zu können, daß nicht ein einziges Pfund Sterling einem britischen Dienstweiger zugute gekommen ist (Beifall). Wie brauchen das Geld, um unseren Alliierten zu helfen, damit

die nötige Munition herstellen konnten, um ihre Schiffe zu schlagen.

Im irischen Bürgerkrieg ist aufsehend eine Werbung eingetreten. Vertreter der Irregulären sind in Cork, dem Hauptquartier der Regierungstruppen, eingetroffen, um über Friedensbedingungen zu verhandeln. Es steht allerdings noch nicht fest, ob alle Führer diesen Schritt billigen. Seit 8 Tagen ist Dummerik der Mittelpunkt der Kämpfe. Bei diesen Kämpfen wurden ungefähr 20 Personen getötet und 40 verwundet. In Waterford werden die Kasernen und Gefängnisse, die von den Aufständischen besetzt sind, mit Artillerie beschossen. Templemore ist in der Hand der Regierungstruppen.

Die englischen Bergarbeiter gegen die rote Internationale. Auf dem Kongreß der Bergarbeiter in Black-pool wurde ein Antrag der Vertreter von Südmaltes betr. den Anschluß an die rote Gewerkschaftsinternationale mit 883 000 gegen 118 000 Stimmen abgelehnt.

### Die gemilderte Erbschaftsteuer.

Der Reichstag hat wryige Tage bevor er in die Ferien ging, das Gesetz zur Milderung des Erbschaftsteuergesetzes verabschiedet. Es war auf Wunsch der Deutschen Volkspartei mit dem Zwangsanleihegesetz und dem Gesetz zur Milderung des Einkommensteuergesetzes verknüpft worden, weil ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten die Durchführung der Zwangsanleihe nur dann für erträglich hielt, wenn wenigstens gleichzeitig die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer dem gründlich veränderten Geldwert angepaßt wurden. Denn wenn z. B. das Reich nach dem bisherigen Erbschaftsteuergesetz Erbschaften, die bei dem heutigen, so ungeheuer geminderten Geldwert keine sehr hohen Summen darstellten, zu einem erheblichen Teile wegsteuert, so kann er den Rest nicht noch nachher mit einer Zwangsanleiheverpflichtung belasten, die doch letzten Endes auch wieder eine Art Vermögenssteuer darstellt. Wenn man eine Auh zu oft meilen will, wird sie schließlich überhaupt keine Milch mehr geben. Das haben die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zu den radikalen Sozialdemokraten vollkommen ein und machten deshalb die Milderung der Erbschaftsteuer wie auch der Einkommensteuer zur Vorbedingung ihrer Zustimmung zur Zwangsanleihe. Das geänderte Erbschaftsteuergesetz enthält zunächst eine Anzahl Bestimmungen, die vor allem die Besteuerung von Schenkungen unter Lebenden und der Zweckwendungen neu regeln. Viel wichtiger als diese und einige andere neue Einzelbestimmungen ist die veränderte Festsetzung der Steuererträge. Der werden es nach dem Grade des Verwandtschaftsverhältnisses zwischen Erblasser und Erben fünf Steuerstufen unterschieden. Der Steuerertrag beträgt in der ersten Stufe dreizehn Prozent, in der zweiten fünf Prozent, und wird dann immer höher, bis er in der höchsten Stufe auf vierzehn Prozent steigt. Hierzu kommen aber Zuschläge, die sich nach der Größe der Erbschaft richten. Sie betragen zehn Prozent des eigentlichen Steuerertrages, wenn die Erbschaft den Betrag von 100 000 Mark, zwanzig Prozent, wenn sie den Betrag von 200 000 Mark übersteigt, und sie erhöhen sich in dieser Weise weiter, so daß für Erbschaften von mehr als einer Million Mark das Doppelte und für Erbschaften von mehr als fünf Millionen Mark das Fünffache der eigentlichen Steuererträge zu zahlen ist. Hierzu kommen dann noch besondere Zuschläge, wenn der Erbe selbst bereits ein Vermögen von mehr als zwei Millionen Mark besitzt; diese Zuschläge dürfen jedoch nicht höher als hundert Prozent der eigentlichen Steuererträge sein. Die Gesamtsteuer einschließlich aller Zuschläge darf nicht mehr als achtzig Prozent des Erbes betragen. Das ist allerdings schon alles mögliche. Sehr wesentlich ist die Bestimmung, daß in den meisten Steuerklassen eine Erbschaft von nicht mehr als 50 000 Mark steuerfrei bleibt, und ebenso in den beiden ersten Steuerklassen das Erbe von nicht mehr als 500 000 Mark Wert. Im ganzen bringt die Novelle eine bankenswerte Steuerentlastung für kleinere Erbschaften und ist bemüht, die Steuererträge einigermaßen der inzwischen vollzogenen Geldentwertung anzupassen.

### Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt

ist am 14. Juni ds. Js. im Reichstag angenommen worden und soll am 1. April 1924 in Kraft treten, falls nicht die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates bestimmt, daß es ganz oder teilweise für einzelne Länder der Jugendamtsbezirke zu einem früheren Zeitpunkt in Kraft tritt.

In der Einleitung zu diesem Gesetz wird das Recht eines jeden Kindes auf Erziehung festgelegt und danach werden die behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt geregelt. Die Organe der öffentlichen Jugendhilfe sind die Jugendämter, die Landesjugendämter, das Reichsjugendamt. Die pflichtmäßigen Aufgaben des Jugendamtes sind der Schutz der Waisenkinder, die Wittwinkinder im Vormundschaftswesen, die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die Wittwinkinder bei der Schulaufsicht und der Fürsorgeerziehung, die Jugendgerichtshilfe, die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern, bei der Fürsorge für Kriegswaisen und Kinder von Kriegsschädigten, in der Jugendhilfe bei den Volksbeschörden, insbesondere bei der Unterbringung zur vorbeugenden Bewahrung. Außerdem kann die oberste Landesbehörde bestimmen, wie das Jugendamt Einrichtungen schafft für Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen, für Mutter- und Kinderschutz, für Wohlfahrt der Säuglinge, der Kleinkinder, der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts und der in- und außerschulischen Jugend. Die Jugendämter sollen sich gegenseitig unterstützen und die freiwillige Tätigkeit zur Förderung der Jugendwohlfahrt unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit unterstützen und zur Mitarbeit heranziehen, um mit ihr zum Zweck einer planvollen gemeinsamen Arbeit zusammen zu wirken.

Als ständerechtmäßige Mitglieder des Jugendamtes sind neben den leitenden Beamten in der Jugendwohlfahrt erfahrene und bewährte Männer und Frauen aller Berufsstände, insbesondere aus dem im Bezirk des Jugendamtes wirkenden freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt und Jugendbewegung auf deren Vorschlag zu berufen. Die Mitglieder sollen eine durch praktische Arbeit erworbene Ausbildung besitzen. In den Sitzungen des Jugendamtes kann das Vormundschaftsgericht mit beratender Stimme teilnehmen. Des weiteren werden die Aufgaben der Landesjugendämter und des Reichsjugendamtes umschrieben und die oben bezeichneten Aufgaben der Jugendämter im einzelnen erörtert.

Für die Ausführung dieses Reichsgesetzes ist es von großer Bedeutung, daß die von Seiten der Reichs-gesetzlichen Einrichtungen für evangelische Jugendarbeit bei der Zusammenfassung der Jugendämter Berücksichtigung finden, sowie daß von evangelisch-kirchlicher Seite zahlreiche und erfahrene Männer und Frauen für die Tätigkeit in den Jugendämtern empfohlen werden. Wenn die kirchlichen Kreise, die die Jugendpflege sich zur Aufgabe gestellt haben, zu der Arbeit der Jugendämter herangezogen werden, ist von dem erlassenen Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt Erfolg und Segen zu erwarten im Interesse des gesamten deutschen Volkes und seines religiösen und sittlichen Wiederaufbaues, der an der Jugend seinen Anfang nehmen muß. D. S.